INHALT

EDITORIAL	7
SICHERHEIT, MILITÄR UND GESCHLECHT	9
JANA GÜNTHER. EVA MARIA HINTERHUBER. ANTONIA SCHMID Sicherheit, Militär und Geschlecht. Einleitung	9
MANUELA SCHEUERMANN Das Genderregime als wirkmächtige verborgene Institution in der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen	23
HENDRIK QUEST Reforming Masculinity? The SSR-Induced Change of Violence-Centred Masculinities in the Liberian Security Sector	39
THOMAS ROHRINGER "Poor Boy, you are bound to die"? Die Pluralisierung militärischer Männlichkeiten im österreichischen Bundesheer 1950–1970	55
LOUISE THIEL Die Janusköpfigkeit militärischer Gewalt: Zur Einhegung von Verletzbarkeit und Verletzungsmacht durch mexikanische Soldatinnen*	59
SABRINA AHMED. HÜRCAN ASLI AKSOY ,Wahre' türkische Männlichkeit – Die (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit und traditionellen Geschlechterrollen durch das türkische Militär 8	83
FORUM	8
INA BIEBER Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten	98
ANNETTE HENNINGER Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern	10

JULIA ROTH. MANUELA BOATCÅ Frauen auf der Überholspur? Kolonialität der Staatsbürgerschaft und verkörperte soziale Mobilität	116
VERENA KETTNER Den "König Sex" vom Thron stoßen? Das widerständige Potenzial einer queer-affektiven Subjektivierung	125
TAGESPOLITIK	135
AUTOR*INNENKOLLEKTIV Nachruf auf Dr. Josch Hoenes (1972–2019)	135
NICOLAS WASSER. ISADORA LINS FRANÇA In the Line of Fire: Sex(uality) and Gender Ideology in Brazil	138
ANNA STEENBLOCK Wer putzt die Stadt? Ein Streik von Putzkräften in Marseille	142
BALGHIS BADRI Sudanese Women Leading Revolution: Impact on Transformation	146
ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF Ikone oder Hassbild? Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung	150
GESINE FUCHS Wie machen wir einen Feminismus für die 99%?	156
NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	161
Kurznachrichten	161
ZUHAL YEŞİLYURT GÜNDÜZ. BİRGÜL DEMİRTAŞ Die Universität als Spiegelbild des politischen Zeitgeists – Stimmen türkischer Politikwissenschaftlerinnen	164
ANITA BARKHAUSEN "Lebenslänglich () auf Bewährung". Zur strukturell bedingten Verschuldung	160

REZENSIONEN	175
DANIELA GOTTSCHLICH Christine Bauhardt, Wendy Harcourt (Hg.): Feminist Political Ecology and the Economics of Care. In Search of Economic Alternatives	175
INGRID KURZ-SCHERF Barbara Umrath: Geschlecht, Familie, Sexualität. Die Entwicklung der Kritischen Theorie aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung	177
CHRISTINA KLENNER Katrin Menke: ,Wahlfreiheit' erwerbstätiger Mütter und Väter? Zur Erwerbs- und Sorgearbeit aus intersektionaler Perspektive	180
ANNETTE HENNINGER Clarissa Rudolph, Katja Schmidt (Hg.): Interessenvertretung und Care. Voraussetzungen, Akteure und Handlungsebenen	182
SCOUT BURGHARDT Jana Günther: Fragile Solidaritäten. Klasse und Geschlecht in der britischen und deutschen Frauenbewegung	184
LAURA SORÉNA TITTEL Angéla Kóczé, Violetta Zentai, Jelena Jovanović, Enikő Vincze: The Romani Women's Movement. Struggles and Debates in Central and Eastern Europe	187
VINCENT STREICHHAHN Sammelrezension: Das Verhältnis von Race, Class, Gender und Sexualität. Von gordischen Knoten und unvollendeten Projekten	189
PIA ROJAHN Christina Thürmer-Rohr: Fremdheiten und Freundschaften. Essays	192
ELISAVETA DVORAKK Katharina Wiedlack, Saltanat Shoshanova und Masha Godovannaya (Hg.) in Zusammenarbeit mit Masha Neufeld: Queer-feminist Solidarity and the East/West Divide	194
PATRICIA PURTSCHERT Anke Graneß, Martina Kopf, Magdalena Andrea Kraus: Feministische Theorie aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Eine Einführung	196

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS	199
Call for Papers	199
Neuerscheinungen	203
AUTOR_INNEN DIESES HEFTES	207

SCHWFRPUNKT

Sicherheit, Militär und Geschlecht

Einleitung

JANA GÜNTHER. EVA MARIA HINTERHUBER. ANTONIA SCHMID

"Vorwärts in die Vergangenheit?" lautete 2019 der Titel des Friedensgutachtens (BICC et al 2019). Und in der Tat geraten lange als sicher erachtete Gewissheiten ins Wanken, "Errungenschaften der multilateralen Kooperation, die das friedliche Zusammenleben weltweit sichern halfen, werden Stück für Stück über Bord geworfen" (ebd., 5). Gewalttätig ausgetragene Konflikte werden von Jahr zu Jahr häufiger (ebd., 8), mehr noch, die "nukleare Weltordnung (befindet sich) in der Krise" (ebd., 25), Die Zahl der Menschen auf der Flucht hat ein historisches Hoch erreicht. Die aktuellen Schätzungen des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) belaufen sich auf über 82 Millionen Betroffene weltweit (UNHCR 2019, 30). Gleichzeitig missachtet die gegenwärtige Migrationspolitik Menschenrechte grundlegend, und Rüstungsexporte auch in Krisengebiete nehmen weiter zu. Die Vereinten Nationen sind angesichts der aktuellen Konfliktkonstellationen und aufgrund des politischen Kurswandels nicht zuletzt der USA in ihrer Rolle als Weltordnerin geschwächt (BICC et al. 2019, 11). Auf nationaler Ebene wird der Ruf nach dem "starken Mann' lauter, Rechtspopulismus und Autoritarismus sind auf dem Vormarsch (Wilde/Meyer 2018, 9ff.) und untergraben im Schulterschluss mit der neoliberalen Wirtschaftsordnung die Ideale der liberalen Demokratie wie Gleichberechtigung und allgemeine Menschenrechte. Alte Postulate, die angesichts steigender Konfliktzahlen seit Ende des Kalten Krieges faktisch längst widerlegt sind, werden reaktiviert – wie z.B. die Annahme einer Korrelation zwischen der Größe des nationalen Verteidigungsapparats mit dem Grad an Sicherheit und Frieden (Standke-Erdmann/Scheyer 2019).

Feministische Perspektiven auf Sicherheit und Militär sind vor diesem Hintergrund eine Notwendigkeit, fordern sie doch die Grundkonstanten des globalen Systems "organisierter Friedlosigkeit" (Senghaas 1969) heraus. Sie sind im besten Sinne "subversiv" (Shepherd 2016, 263), da sie auf eine Änderung der vorherrschenden Sicherheits- und politischen Weltordnung abzielen, die in Vergangenheit und Gegenwart Leid und Tod von Millionen Menschen hervorgebracht und angesichts des nuklearen Wettrüstens gleich mehrfach das Potenzial hat, die Menschheit als ganze auszulöschen. Geschlecht als Analysekategorie in den Fokus zu nehmen ist eine immanent feministische Unternehmung, da damit gleichzeitig die Hierarchisierungen und Konventionalisierungen in Bezug auf Gender ins Licht geraten, die strukturell wie auf Mikroebene die Freiheit von Individuen einschränken, ihre Sicherheit gefährden und so die Einlösung der Versprechen liberaler Demokratien verhindern. Sicherheit, Militär und Krieg sind dabei aus feministischer Perspektive jeweils ambivalente Forschungs- und Politikfelder, in denen "unschuldige Positionen" unmöglich sind. So hat Donna Haraway in ihrem wegweisenden "Cyborg Manifesto" (1984, hier Haraway 1995, 44) vergeschlechtlichte Dichotomien in Bezug auf Sicherheitstechnologien zurückgewiesen und die aktive Verstrickung von Frauen* in militärisch-industrielle Technologien und Komplexe gefordert (ebd., 59): "Die Dichotomien von Geist und Körper, Tier und Mensch, Organismus und Maschine, öffentlich und privat, Natur und Kultur, Männer und Frauen, primitiv und zivilisiert sind seit langem ausgehöhlt" (ebd., 51). Das gilt einerseits auch für Sicherheit, Militär und Krieg. Andererseits sind binäre und materiell sehr wirkmächtige Konstruktionen in diesen Feldern besonders ausgeprägt und persistent. Geschlecht wird im Zusammenhang mit nationalstaatlich verfassten Makrostrukturen spezifisch nutzbar (Yuval-Davis 2001); "Frauen" und "Männern" werden in politischen Gemeinschaften nicht nur verschiedene Rollen zugewiesen, sondern die normativen Grundsätze politischer Gemeinschaften werden gerade in Bezug auf die Sicherung und Verteidigung ihrer – auch ideellen – Grenzen evident. Dazu gehört seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch die Partizipation von Frauen* an diesen militärischen Aufgaben. Eine Bewertung etwa der Öffnung aller Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen* aus feministischer Perspektive fiele beispielweise je nach Schwerpunktsetzung sehr heterogen aus: Als aktiven Staatsbürgerinnen dürfte ihnen der Dienst an der Waffe nicht verwehrt werden (vgl. Yuval Davis 2001, 154); die Erfahrung von Gleichheit und Kameradschaft innerhalb des Soziotops Militär kann Geschlecht wie auch religiöse, kulturelle oder ethnische Herkunft transzendieren. Gleichzeitig existiert traditionell eine feministische Debatte über den Zusammenhang zwischen "feministischem Aktivismus und Friedensaktivismus" (ebd., 156), die differenztheoretisch weiblich konnotiertes politisches Handeln gegenüber als männlich und destruktiv' identifizierten Strategien aufwertet. Aus dieser Sicht ist die Teilhabe an vormals Männern vorbehaltenen Aufgaben und Privilegien wie dem Militärdienst nicht emanzipatorisch; stattdessen müssten "Frauenbereiche" ihnen gegenüber aufgewertet werden.

Angesichts der Gleichzeitigkeit und der Spannung zwischen den beschriebenen weltweiten Zuspitzungen einerseits und den hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit durchaus fortschreitenden progressiven Tendenzen andererseits ebenso wie mit Blick auf die Heterogenität feministischer Ansätze zum Thema ist der blinde Fleck, den die Querschnittskategorie Geschlecht in Standardwerken zu Krieg und Sicherheit einnimmt, immer noch frappierend - obwohl die Bedeutung, die Gründe und die Folgen von Krieg ohne eine Bezugnahme auf Geschlecht nicht verstanden werden können: Geschlecht als Analysekategorie verändert seine Erforschung (Sjoberg 2013, zit. n. Sjoberg 2016, 199) ebenso wie die von Sicherheit.

Das Genderregime als wirkmächtige verborgene Institution in der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen

MANUELA SCHEUFRMANN

Die Vereinten Nationen (United Nations, UN) waren die erste internationale Regierungsorganisation, die sich Fragen der Geschlechtergerechtigkeit gewidmet und bereits in den 1970er Jahren des vergangenen Jahrtausends entsprechende formale Institutionen gegründet hat. Im Jahr 2000 wurde Geschlechterpolitik in dem mit Frieden und Sicherheit befassten Bereich der UN zu einem sicherheitsrelevanten Thema. Mit der globalen Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit (FFS) wurden Geschlechterfragen in die UN-Friedens- und Sicherheitsarchitektur integriert.¹ Frauen wurde eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen Friedenskonsolidierung zugesprochen und ihre besondere Situation in gewaltsamen Konflikten und Kriegen anerkannt. Der Dreiklang aus "protection, prevention, participation" prägt seitdem die formal-institutionelle Geschlechterpolitik der mit Frieden und Sicherheit befassten UN-Institutionen, vornehmlich des Sicherheitsrats und der Abteilung für Friedensoperationen.² Sogenannte Gender Units (GU), Gender Focal Points (GFP) und Gender Advisors (GA), die die Geschlechtergerechtigkeit und die Selbstermächtigung von Frauen innerhalb und außerhalb des UN-Systems fördern sollen, wurden sowohl im Department of Peace Operations (DPO) als auch in zahlreichen UN-Friedensmissionen etabliert (UNDPKO/DFS 2018; UN Women 2019). Maßnahmen wie Gendertrainings zur "Sensibilisierung in Geschlechterfragen" (S/RES/1325 (2000) v. 31.10.2001, §7), die Integration von geschlechtersensibler Sprache in die DPO-Dokumente und Zero Tolerance-Regeln gegen den sexuellen Missbrauch von Menschen in den Einsatzgebieten durch UN-Personal werden seit 2000 sukzessive weiterentwickelt.

Angesichts dieser formal-institutionellen Neugründungen, die in der organisationalen Welt der internationalen Regierungsorganisationen ihresgleichen suchen, wäre davon auszugehen, dass die UN auch bezüglich der Ergebnisse ihrer Gleichstellungspolitik ein erfolgreiches Beispiel sein müssten. Studien, die sich mit der Geschlechtersensibilität der genderspezifischen Resolutionen im Sicherheitsrat (Zürn 2019), mit den Gendertrainings (Caparini 2019) und den Effekten der formalen mit Gender befassten Institutionen wie den genannten GUs, GFPs und GAs in den Einsatzgebieten auf Geschlechterparität auseinandersetzen (Bleckner 2013), kommen jedoch zu einem ernüchternden Ergebnis. Die UN sind mitnichten eine geschlechtergerechte Organisation. Dies zeigt auch der vorliegende Beitrag, der neben der formal-institutionellen insbesondere die informelle Ebene der Organisation beleuchtet.

Forschungsgegenstand und Stand der Forschung

Der Beitrag untersucht die in das UN-System hineinwirkende Geschlechterpolitik der UN in der Abteilung für Friedensoperationen vor dem Hintergrund des feministischen Institutionalismus (FI).

Bisher wurde die globale Agenda nur vereinzelt unter Bezugnahme auf den FI untersucht. Die meisten Studien zu FFS wollen das empirische Phänomen der UN-Geschlechterpolitik im Bereich Frieden und Sicherheit beschreibend verstehen, ohne sich damit theoretisch auseinanderzusetzen. Sie sind dem feministischen Empirismus zuzurechnen, wie beispielsweise das 2019 erschienene "Oxford Handbook on Women, Peace and Security" zeigt. Einige Arbeiten nehmen eine postkoloniale oder eine poststrukturalistische Perspektive (Pratt 2013) ein oder beschäftigen sich mit Policy Diffusion (True 2016). Eine hochrangig besetzte Diskussionsrunde während der International Studies Association Annual Convention 2017, die sich dem Thema "Challenges and Opportunities for Feminist IR: Researching Gendered Institutions" widmete, war die Initialzündung für den FI in dieser Subdisziplin der Internationalen Beziehungen. Wie Jennifer Thomson 2019 darlegte, entwickelt sich derzeit eine politikwissenschaftliche Forschungsagenda, die verschiedene Aspekte des FFS-Projekts mittels feministisch-institutionalistischer Thesen untersucht. Georgina Holmes fragte 2019 aus einer solchen FI-Perspektive, inwiefern Peacekeeping eine vergeschlechtlichte Unternehmung (enterprise) sei. Fiona Mackay und Cera Murtagh beschäftigten sich 2019 mit dem "gendered paradox of power-sharing" im Kontext der Konfliktbeilegung und schrieben dem FI-Ansatz eine besondere Erklärungskraft zu. Im Folgenden wird die These entwickelt, dass ein verborgenes und wirkmächtiges Genderregime, eine "hidden institution" (Chappell/Waylen 2013; Waylen 2014), die einen ausgeprägten maskulinen Bias aufweist, die Entwicklung einer geschlechtergerechten UN-Friedens- und Sicherheitsarchitektur verhindert. Dabei werden insbesondere die informellen Geschlechterpraktiken des DPO einer Analyse unterzogen. Der Fachterminus des Genderregimes wurde in der feministischen vergleichenden Wohlfahrtsforschung in Abgrenzung zu Gøsta Esping-Andersens Begriff des Wohlfahrtsregimes etabliert (Betzelt 2007, 8). Diesem Genderregime nähert sich die Autorin evidenzbasiert an. Sein Inhalt wird ansatzweise nachgewiesen und seine Wirkung auf die formalen Regeln und Praktiken im DPO interpretiert.

Der Aufsatz leitet seine Befunde nicht aus dem offensichtlich Maskulinen ab wie beispielsweise Annica Kronsell (2016) in ihrer Studie zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Sie bezieht sich in ihrer Argumentation nur auf die unstrittig militaristischen Männlichkeitsbeweise in der ansonsten doch recht zivil sozialisierten GSVP. Im vorliegenden Beitrag wird stattdessen davon ausgegangen, dass der ausschließliche Rekurs auf eindeutig maskuline formelle Regeln und Praktiken in seiner Aussagekraft auf eben diese augenfälligen Beweise limitiert ist. Folgerichtig geht es neben Eindeutigkeiten hier ebenfalls um die versteckten informellen Regeln und sozialen Praktiken, die nicht weniger wirkmächtig zur NeUN News, 2016: HERstory, A Celebration of Leading Women in the United Nations. Internet: https://news.un.org/en/story/2016/12/548482-herstory-celebration-leading-women-united-nations (21.1.2020).

UN Security Council. 2019: Deployment of Female Personnel Boosts Effectiveness. Says Secretary-General, as Security Council Holds Open Debate on Women in Peacekeeping. Internet: https://www.un.org/press/en/2019/sc13773.doc.htm [22.1.2020].

UN Women, 2013: Evaluation of Gender Mainstreaming Activities of United Nations Peacekeeping Activities (MONUC/MONUSCO) in the Democratic Republic of the Congo. New York.

UN Women, 2015: Trends and Projections for Gender Parity: DPKO. New York.

UN Women. 2016: Status of women in the United Nations system. New York.

UN Women, 2019: Facts and Figures. Peace and Security. Internet: https://www.unwomen.org/ en/what-we-do/peace-and-security/facts-and-figures (14.1.2020).

Waylen, Georgina, 2014: Informal Institutions, Institutional Change, and Gender Equality. In: Political Research Quartely. 76 (1), 212-223.

Westendorf, Jasmine-Kim/Searle, Louise, 2017: Sexual Exploitation and Abuse in Peace Operations: Trends, Policy Responses and Future Directions. In: International Affairs. 93 (2), 365-387.

Yang, Jenny, 2016: Gender in Modern Peacekeeping: How to Enhance Effectiveness and Accountability. Internet: http://natoassociation.ca/gender-in-modern-peacekeeping-how-to-enhance-effectiveness-and-accountability/ (24.1.2020).

Zürn, Anja, 2019: From Sex and Gender to Intersectional Approaches? UN-Written Identities of Local Women in Participation and Protection Discourses. In: Scheuermann, Manuela/Dies. (Hg.): Gender Roles in Peace and Security. Prevent, Protect, Participate. Springer, Cham, 11-33.

Reforming Masculinity? The SSR-Induced Change of Violence-Centred Masculinities in the Liberian Security Sector

HENDRIK QUEST

The main endeavour of this article is an inductive one: I analyse how security sector reform (SSR) in Liberia has contributed to institutional changes of masculinity within the Armed Forces of Liberia (AFL) and the Liberian National Police (LNP). With this, I seek to unearth SSR-related factors that are relevant for the change of violence-centred masculinities in post-conflict security institutions more generally. Thus, the article addresses two highly related issues, (1) gender and SSR and (2) the way masculinities change during post-conflict reconstruction. SSR tries to generate effective security and justice institutions, which are made accountable by civilian oversight (Hänggi/Scherrer 2008, 488). Several contributions have shown that SSR impacts on gender relations in the security sector and beyond (Bacon 2015; Kunz 2014; Mobekk 2010; Wilén 2019). However, much of this research remains silent when it comes to how masculinities in the security sector are influenced by SSR. Questions concerning the interaction between post-conflict reconstruction and mas-

culinities have gained prominence as well (Cahn/Ni Aolain 2010; Messerschmidt/ Quest 2020; Porter 2013; Quest/Messerschmidt 2017; Schroer-Hippel 2011; Streicher 2011; Theidon 2009). Yet, the findings on what affects the change of masculinities remain scarce. That is why I employ an exploratory approach in my analysis. For the analysis of the Liberian case, two differentiations are crucial: Firstly, I need to distinguish between institutional practices before SSR started and those that emerged during SSR. As the Comprehensive Peace Agreement, which ended the civil war in August 2003, included some clauses on SSR, it is sensible to use practices during the war as a baseline for an assessment of whether changes have occurred. SSR was still ongoing when I conducted my research in 2017; hence I only differentiate between before and after August 2003. Secondly, to account for these changes, I need to distinguish different configurations of masculinities. By violence-centred masculinities, I mean institutional constructions that further direct physical violence, be it in the form of organised military violence or as unorganised violence against other individuals. Peace-compatible masculinities describe institutional constructions that are conducive to peace and non-violence.

In my framework, change means that practices move along continua between violence-centred and peace-compatible masculinities. I analyse how SSR has changed practices on three security sector-related continua (acceptance of women and femininity, construction of the ideal soldier/police officer, and institutional approach to sexual violence) and identify central factors for this development.²

Practice theory and the analysis of masculinities

I employ a practice-theoretical framework that guides the research on masculinities by distilling masculine practices from relevant strands of literature. The central premise of practice-theoretical approaches is that even the most complex social structures or processes can be reconstructed by observing practices (Bueger/Gadinger 2015, 453). I understand practices as "knowledge-constituted, meaningful patterns of socially recognized activity embedded in communities, routines and organizations that structure experience" (Adler 2008, 198). Practices are always gendered, and gender identities do not exist prior to or outside of performative acts in which specific gender roles are created, enacted, and reinforced (Butler 2015, 185). Additionally, there is always a practice of masculinity that gains hegemony due to its ability to legitimize the "dominant position of men and the subordination of women" (Connell 2005, 77). In this vein, we can grasp masculinity and femininity as 'gender projects' that shape social practice and can also transform it (ibid., 72). Consequently, hegemonic masculinities within the military and the police might change, depending on the wider context and the evolution of institutional cultures.

As security sector institutions are frequently male-dominated, they always produce different configurations of masculinity (Hearn 2012), which, nevertheless, can vary a lot as most components of these institutional masculinity constructions are not

determined by issues of efficiency (Seifert 1993, 220ff.). Based on earlier works (Messerschmidt/Quest 2018), I deem it feasible to conceptualize masculinities in the security sector as three continua ranging from violence-centred to peace-compatible complexes of institutional practices. These three continua, which are deduced from the literature on gender, masculinity, and security sector institutions, are (1) acceptance of women and femininity, (2) institutional construction of soldiers/police officers, and (3) institutional approach to sexual violence.

For the first continuum, the overarching question is whether there are practices that either devalue femininity or, in contrast, promote the acceptance of women and tasks traditionally regarded as feminine as part of the institution's work. At the violencecentered end of this continuum are practices such as the regular association of weakness with femininity (Barrett 1996, 133), using gendered or racialized insults (Whitworth 2004, 161), as well as the construction of physically challenging tasks as tests of manhood (Woodward 2000, 651f.). At the peace-compatible end of the continuum are practices such as linking peacekeeping tasks, like the ability to control the use of force and being impartial, (Duncanson 2009, 70) with masculinity.

The second continuum concerns the institutionally strengthened image of how members need to be in order to be perceived as legitimate parts of the institution. Here, violence-centred practices include rebuking any forms of individual or emotional expression (Keats 2010, 294), trying to eradicate "expressions of gender 'otherness" (Morton 2014, 199), and linking masculinity with physical fitness, toughness, and heterosexuality (Dittmer 2009, 242). Peace-compatible practices that are mentioned in the literature encompass having training (and the related masculinity) geared to something else than combat, e.g. technical rationality (Barrett 1996, 138f.).

The third continuum deals with the question of whether the respective institution is permissive or repressive when it comes to sexual violence. At the violence-centred end of this continuum are practices like normalising sexual assaults against women within the military (Maxwell 2009, 112), viewing women as sexual objects (ibid., 115), and a culture of non-intervention towards sexual exploitation and abuse of local populations by members of peacekeeping missions (Higate 2007, 111f.). The peace-compatible end of this third continuum is constituted by practices that reinforce the idea of zero tolerance toward sexual violence, such as having clear disciplinary and penal proceedings like for example in the German armed forces (Bundesministerium für Verteidigung 2004, 2ff.), annual reporting on sexual violence to civilian oversight bodies, such as the US Congress and Senate in the case of the US armed forces (United States Department of Defence Sexual Assault Prevention and Response Office 2018) and the framing of sexual violence as an impediment to military efficiency (United States Department of Defence 2010, 5).

All these practices constitute examples of how practices on the respective continua might look like and thus guided my research in Liberia. The framework helped me to determine whether the practices I observe belong to one of the three continua and if so, to clarify whether they are centred on violence or not. In this understand-

"Poor Boy, you are bound to die"? Die Pluralisierung militärischer Männlichkeiten im österreichischen Bundesheer 1950-1970

THOMAS ROHRINGER

Spezialeinheiten sind ein zentraler Bestandteil des gegenwärtigen "war on terror", in dem punktuelle Interventionen und Antiterroreinsätze in besetzten Gebieten eine wichtige Rolle spielen (Münkler 2006; Cormac 2017). Spätestens seit der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 durch US-Soldaten sind sie aber auch ein prominenter Bestandteil der Populärkultur – sei es durch Filme wie "Zero Dark Thirty" oder "American Sniper" oder durch das Genre der "Kill and Tell"-Bücher – wo mit dem Anspruch autobiografischer oder dokumentarischer Authentizität das Leben in diesen militärischen Formationen und ihre Einsätze geschildert werden (Pettersson/ Ben-Ari 2018).

Im anglo-amerikanischen Raum wird dieser Bedeutungsgewinn der Spezialeinsatzkräfte mit einem Prozess der Militarisierung in Verbindung gebracht, der symbolisch und innerhalb der Streitkräfte auch materiell mit einer Maskulinisierung einhergeht. Denn auch in geschlechterintegrierten Armeen erhalten die oft rein männlichen Spezialeinheiten dadurch mehr strategisches und taktisches Gewicht und werden zunehmend als Ideal militärischer Männlichkeit betrachtet (Lane 2017). Eine solche Perspektive auf Spezialeinheiten als überhöhte Repräsentanten der militärischen Männlichkeit verdeckt jedoch sowohl die konflikthafte Stellung, die sie innerhalb militärischer Strukturen einnahmen und -nehmen (Finlan 2019, 260ff.; Marquis 1997), als auch die Verschiebung in den Vorstellungen von ,richtiger' militärischer Männlichkeit, die diese Einheiten auslösten. Schließlich bedeutete dies die Integration des 'Anderen' der konventionellen Kriegsführung, nämlich guerillaartiger Taktiken in reguläre Armeen. Die daraus hervorgehenden Debatten demonstrieren, wie konflikthaft Wandlungsprozesse von Normen ,korrekter' militärischer Männlichkeit(en) verlaufen, sie zeigen aber auch die Flexibilität der Armeen bei der Integration unterschiedlicher Männlichkeiten (Warren 2019).

Männlichkeit(en) und Militär

Männlichkeit lässt sich weit gefasst als Bündel von Normen, Werten und Verhaltensformen definieren, das mit intersubjektiv als männlich anerkannten Körpern in Verbindung gebracht wird. Männlichkeit wird daher (ebenso wie und vis-à-vis von Weiblichkeit) im Zusammenspiel mit anderen Differenzkategorien wie Klasse oder ethnische Zugehörigkeit sozial hergestellt (Connell 2015, 135). Methodisch kann Männlichkeit akteur*innenzentriert untersucht werden, das heißt danach zu fragen, was Subjekte in individuellen Sprechakten als "männlich" bezeichnen, idealisieren

und problematisieren. Die Analyse kann aber auch Prozesse der Zuschreibung und Aneignung geschlechtlicher Identitäten sichtbar machen, die von Akteur*innen selbst nicht als solche expliziert werden (Fletcher 2018, 5ff.). Dabei koexistieren stets unterschiedliche Vorstellungen von Männlichkeit in verschiedenen sozialen Feldern. Mit Raewyn Connells Konzept der "hegemonialen Männlichkeit" kann herausgearbeitet werden, wie Akteur*innen diese unterschiedlichen Männlichkeiten zueinander in Beziehung setzen. Connell unterscheidet dabei zwischen einer idealisierten "hegemonialen Männlichkeit" sowie marginalisierten, untergeordneten und komplizenhaften Männlichkeiten. Sie und ihre Beziehungen zueinander sind nicht statisch, sondern wandelbar (Connell 2015, 129ff.; Hearn 2004).

Die gesellschaftlich hoch angesehene und daher von Männern angestrebte hegemoniale Männlichkeit und die Institution des Militärs werden in der Geschlechterforschung in engem Zusammenhang gesehen. Agostino (1998) und Barret (2006) identifizieren das Militär als den Ort, an dem hegemoniale Männlichkeiten konstruiert werden. Obwohl durch die Pluralisierung des Begriffes Männlichkeit der wandelbaren und kontingenten sozialen Konstruktion der Werte und Praktiken Rechnung getragen wird (Higate 2003), durch die Körper als männlich kategorisiert werden (Messerschmidt 2009), erscheinen militärische Männlichkeiten jedoch als erstaunlich homogen und statisch. So thematisieren etwa Paul Higate und John Hopton in ihrer überblicksartigen Darstellung militärischer Männlichkeit(en) in Großbritannien als einzigen Wendepunkt in deren Geschichte die Integration von Frauen in die britischen Streitkräfte (Higate/Hopton 2005, 435f.). Das Aufbrechen des Militärs in verschiedenen Staaten und der Rolle des kämpfenden Soldaten als exklusiv Männern vorbehaltene Betätigungsfelder an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert hat also das Interesse geschlechterwissenschaftlicher Forscher*innen geweckt (für Österreich: Strutz 2003; Gurtner 2009; Hatschek 2009). Die Erkenntnisse, dass Soldatinnen einerseits gegenüber ihren männlichen Kollegen oft rechtlich benachteiligt werden sowie in der militärischen Praxis oftmals Herabwürdigung und sexuelle Gewalt erfahren, dass sie sich andererseits bemühen, sich eine militärische Männlichkeit performativ anzueignen, haben jedoch dazu beigetragen, das Bild von einer statischen militärischen Männlichkeit zu zementieren (Higate/Hopton 2005, 437ff.; Karazi-Presler/Sasson-Levy/ Lomsky-Feder 2018). Dies hängt auch damit zusammen, dass unter dem Begriff der militärischen Männlichkeit unterschiedliche Phänomene von gesellschaftlichen Diskursen bis hin zu den Identitätskonstruktionen individueller Akteur*innen untersucht werden (Quest/Messerschmidt 2017, 262ff.). In diesem Artikel argumentiere ich dafür, die Pluralisierung militärischer Männlichkeiten auf der Ebene gesellschaftlicher Diskurse selbst zum Untersuchungsgegenstand zu machen (Belkin 2012, 1ff.).

Methodischer Zugang zum Thema

Diese konflikthafte Pluralisierung militärischer Männlichkeiten wird anhand einer historischen Fallstudie zur Einführung der sogenannten Jagdkampfkurse im

Die Janusköpfigkeit militärischer Gewalt: Zur Einhegung von Verletzbarkeit und Verletzungsmacht durch mexikanische Soldatinnen*

LOUISE THIFL

Soldat innen sind in der Militärorganisation mit einem Ausmaß an Gewalt konfrontiert, das es in der Form nicht (legitimiert) in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt: "Die gesellschaftliche Funktion des Soldaten (schließt) seine Tötungs- und Todesbereitschaft ein" (Bröckling 1997, 329). Im Kampfeinsatz können Militärangehörige verwundet werden oder gar sterben, sie sind in ihrer Tätigkeit einer deutlich erhöhten Verletzbarkeit ausgesetzt (Dörfler-Dierken 2010, 138). Die Ausrichtung des Militärs auf Kampfeinsätze muss dementsprechend auf der soldatischen Subjektebene eingelassen werden als "einen den eigenen Tod antizipierenden und legitimierenden Wertbezug" (Lepsius 1997, 366). Ebenso bedarf soldatische Verletzungsmacht einer legitimierenden Rahmung in spezifische Sinnzusammenhänge (Scarry 1992, 93-102).

In Mexiko lässt sich seit einigen Jahren eine Eskalation der Gewalt im öffentlichen Raum ausmachen, in der vermehrt das Militär im Namen der "inneren Sicherheit" eingesetzt wird (Vega Zayas 2010, 93; Jenss 2016, 323-332). In dieser gewaltgeprägten Situation verabschiedete das mexikanische Parlament im April 2008 ein Gesetz, das die umfassende Öffnung der Streitkräfte für Frauen¹ vorsieht – ohne Einschränkungen hinsichtlich der Verwendungen, Einheiten oder Dienstränge (Arcos Rosales 2012, 66). Die Einbindung von Frauen* in Kampfeinheiten stellt eine fundamentale Irritation in der etablierten, geschlechtsspezifischen Organisation von Gewalt in Mexiko dar. Bislang war der 'Dienst an der Waffe' ausschließlich den männlichen Staatsbürgern vorbehalten (Torres 2008).

Doch wie genau erfolgt die Artikulation von Gewalt durch die mexikanischen Soldatinnen*? Im Fokus dieses Artikels stehen die Fragen, wie sie mit ihrer soldatischen Verletzbarkeit umgehen und inwiefern sie sich die männlich konnotierte Sphäre soldatischer Verletzungsmacht erobern. Die Forschungsergebnisse sollen einen Beitrag zu einem differenzierteren Verständnis der vergeschlechtlichten Organisierung von Gewalt im Militärischen leisten. Zugleich wird damit die Kritik an einem dichotomen Verständnis von Gewalt in männliche Verletzungsmacht und weibliche Verletzbarkeit verknüpft. Dafür wird zunächst der theoretisch-methodische Rahmen des empirischen Forschungsprojekts ausgeführt und der soziopolitische Hintergrund der mexikanischen Streitkräfte vorgestellt. Danach wird der Umgang der Soldatinnen* mit Verletzbarkeit ausgelotet und im anschließenden Abschnitt der Zugang zu soldatischer Verletzungsmacht analysiert.

Theoretisch-methodischer Hintergrund

Nach dem Soziologen Heinrich Popitz kann Gewalt als eine allgegenwärtige Handlungsoption verstanden werden:

Der Mensch muß nie, kann aber immer gewaltsam handeln, er muß nie, kann aber immer töten – einzeln und kollektiv – gemeinsam oder arbeitsteilig – in allen Situationen, kämpfend oder Feste feiernd - in verschiedenen Gemütszuständen, im Zorn, ohne Zorn, mit Lust, ohne Lust, schreiend oder schweigend (in Todesstille) – für alle denkbaren Zwecke - jedermann (Popitz 1986, 76, i.O.).

Die fest verankerte menschliche Eigenschaft, dass jeder verletzen könne und gleichzeitig jederzeit verletzbar sei, stelle ein Grundsatzproblem von Vergesellschaftung dar (ebd., 89). Auch in modernen Gesellschaften mit weitgehend durchgesetzter staatlicher Gewaltmonopolisierung bleibt gewaltsames Handeln als Handlungsoption bestehen: "Die Verletzbarkeit des Menschen durch den Menschen ist nicht aufhebbar" (ebd., 69). Gewalt wird bei Popitz (ebd.) als eine zweiseitige Medaille verstanden: Mit dem Begriff "Verletzbarkeit" wird die grundsätzliche Zerstörbarkeit des Lebens adressiert, während "Verletzungsmacht" für die erfolgreich behauptete Möglichkeit steht, Gewalt auszuüben (Code 2009, 243). Verletzbarkeit und Verletzungsmacht stellen eine "Jedermanns-Ressource" (Popitz 1986, 76) dar, die theoretisch von jedem Menschen ausgeübt oder erfahren werden kann.

Allerdings gilt es an dieser Stelle einzuwenden, dass die verschiedenen Positionierungen innerhalb von Gewaltbeziehungen keineswegs so egalitär verteilt sind, wie dies der Begriff "jedermann" bei Popitz (ebd.) suggeriert. Vielmehr werden Menschen entlang spezifischer gesellschaftlicher Machtbeziehungen in den als dichotom gesetzten Kategorien Verletzungsmacht und Verletzbarkeit verortet (Bereswill 2011, 201). Die Position eines Subjektes innerhalb von Gewaltbeziehungen wird insbesondere durch die Kategorie Geschlecht organisiert: Auf der einen Seite wird die verletzbare Frau* konstruiert und auf der anderen Seite das als unverletzbar und autonom geltende männliche Individuum (Code 2009, 331). In der symbolischen Ordnung von Gewalt ist Verletzbarkeit deutlich weiblich konnotiert und Verletzungsmacht männlich (Bereswill 2007, 101).

Das Militär ist einer der wichtigen gesellschaftlichen Räume, in denen diese dichotome Organisierung von Gewalt geschlechtsbezogen ins Subjekt eingelassen wird (Sasson-Levy 2008, 297). Von Militärangehörigen erwartete Eigenschaften wie Stärke, Aggressivität und Gewaltbereitschaft werden mit Männlichkeit assoziiert, und die Figur des Soldaten wurde historisch als exklusiv männlich imaginiert (Dittmer 2009, 119).2

Aktuell sind Diskurse und Praktiken der Verknüpfung von Militär und Geschlecht einem Wandlungsprozess unterworfen: Zunehmend werden Frauen* in alle Bereiche der Streitkräfte integriert, auch in Kampfeinheiten (Sjoberg/Via 2010, 238). Doch dies bedeutet nicht zwangsläufig das Verschwinden der vergeschlechtlichten Auf-

,Wahre' türkische Männlichkeit - Die (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit und traditionellen Geschlechterrollen durch das türkische Militär

SABRINA AHMED HÜRCAN ASLLAKSOY

"According to the procedures, you might be supposed to see this case as disease, but I'm aware of the fact that I'm not ill" (Altay 2012). Dies war die Antwort von Erkan Altay auf die Frage der militärischen Ärzt innen im Istanbuler Militärkrankenhaus. ob er Homosexualität für eine Krankheit halte. Der freie Journalist und Aktivist der LGBTI-Organisation Kaos GL hatte sich um eine Befreiung von der Wehrpflicht aufgrund seiner Homosexualität beworben. Trotz seiner eigenen Aussagen, homosexuell zu sein, waren die Militärärzt innen nicht von seiner Homosexualität überzeugt. Er wurde als "neurotisch, geeignet für den Militärdienst, nicht geeignet als Kommando" eingestuft (Zaman 2012). Altays Erlebnis ist kein Einzelfall in der Türkei. LGBTI-Gruppen fordern seit mehreren Jahren, dass die eigene Aussage, homosexuell zu sein, für Bewerber¹ ausreichen sollte, um einen sogenannten "Rotten Report" (çürük raporu) zur Befreiung von der Wehrpflicht zu erhalten.²

Das türkische Militär stuft Homosexualität als "psychosexuelle Störung" ein, die nach Ansicht des Militärs den Zusammenhalt innerhalb der Streitkräfte bedroht (Biricik 2011, 92; Basaran 2014, 574). Aus diesem Grund können männliche Homosexuelle durch die Bewerbung um einen Rotten Report vom Wehrdienst ausgeschlossen werden (Basaran 2014, 562; Biricik 2011, 95). Allerdings sind die Kriterien, um als homosexuell und damit untauglich für den Militärdienst eingestuft zu werden, extrem streng, und die Bewerber müssen sich meist erniedrigenden Untersuchungen unterziehen.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie das türkische Militär durch die Prozedur der Rotten Reports hegemoniale Männlichkeit (Connell 1995) (re)produziert und dadurch zur Verstärkung und Aufrechthaltung traditioneller Geschlechterstereotype beiträgt. Hierfür werden die Theorien der militärischen Sozialisation von Thomas Kliche (2004), der hegemonialen Männlichkeit von Raewyn W. Connell (1995) und der Gender-Performativität von Judith Butler (1999) verknüpft. Zahlreiche Arbeiten zu zivil-militärischen Beziehungen haben sich bereits mit militärischer Sozialisation und deren Auswirkungen auf Genderstereotypen und Rollenbilder in Gesellschaften beschäftigt (Kronsell/Svedberg 2011; Ahrens/Apelt/Bender 2005). Doch bisher wurden Analysen des Umganges mit homosexuellen Männern im Militär und der (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit häufig im US-amerikanischen Kontext durchgeführt. Dabei ist der offizielle Ausschluss Homosexueller aus der Wehrpflicht, wie es im türkischen Militär stattfindet, außerordentlich und einzigartig, wie hier gezeigt werden wird.

Im Folgenden wird zunächst beleuchtet, was unter traditionellen Geschlechterrollen und dem Männlichkeitsbild in der Türkei verstanden wird. Daraufhin wird erst auf männliche Homosexualität³ in der Türkei, dann spezifisch auf jene im türkischen Militär eingegangen. Zu diesem Zweck werden die Prozedur der sogenannten Rotten Reports und die Kriterien für die Einstufung als homosexuell analysiert. Schlussfolgernd wird näher betrachtet, wie das türkische Militär Homosexualität als "Gefahr" postuliert und die Mechanismen der Konstruktion tradierter "Männlichkeit" gesellschaftlich (re-)konstruiert. Auf der Grundlage einer Literaturanalyse von deutschen, englischen und türkischen Primär- und Sekundärquellen, darunter wissenschaftliche Texte, die auf Interviews mit Betroffenen basieren, Befragungen, Artikeln und Blogs von türkischen LGBTI-Organisationen, wird die Frage empirisch beantwortet. Die Analyse beschränkt sich vorwiegend auf den Zeitraum von 2010 bis 2017, da das Thema Homosexualität im türkischen Militär vor allem in dieser Periode stark öffentlich debattiert wurde und zu dieser Zeit die Methode der Rotten Reports erstmals öffentlich wurden.

Theoretische Überlegungen: Militärische Sozialisation, hegemoniale Männlichkeit und Gender-Performativität

Einige Vertreter innen der Soziologie sehen einen unüberwindbaren Graben zwischen militärischer Ethik und gesellschaftlich anerkannten Normen (Apelt 2006, 26; Kliche 2004, 344). Das Militär bereitet Soldat innen auf den Krieg vor, also auf die Bereitschaft und Fähigkeit, andere Menschen zu verletzen oder zu töten. Somit stehen die aus dieser Logik heraus entwickelten Normen und Werte des Militärs in einem Spannungsfeld zu den gesellschaftlich sonst anerkannten Normen (Apelt 2006, 26). Kliche (2004, 344) beschreibt das Militär als "professionelle, gewalttätige Bürokratie mit Sondermoral", welche mit den demokratischen und egalitären Grundwerten bricht. Da die Soldat innen psychosozial auf den Krieg vorbereitet werden müssen, erlernen sie durch die militärische Sozialisation unterschiedliche Kompetenzen. Militärische Sozialisation bedeutet die Prägung von Emotions-, Denk- und Verhaltensmustern durch Ausbildung und Organisation im Militär, um die militärische Sondermoral zu verinnerlichen und umzusetzen (Kliche, 344ff.). Dies geschieht u.a. durch "Tribalisierung" und die Schaffung eines "konventionelle(n) männlichen Gender-Stereotyps" (ebd., 346ff.).

Durch die Tribalisierung, d.h. die "Formierung kleiner künstlicher Stämme" (Kliche 2004, 347) verstärkt die militärische Sozialisation die Gruppenkohäsion, die als tragend für die Kampfmoral gilt. Die Tribalisierung wird durch die exklusive Auswahl soziokulturell passender Mitglieder unterstützt (ebd., 347f.). Das Militär konstruiert zudem ein konventionelles, männliches Gender-Stereotyp, das auf gewaltsamem Konfliktverhalten, konkurrenzorientierter Durchsetzung durch Stärke, Streben nach Machtgewinn und emotionaler Distanz basiert. Dies dient der Abwehr vermeintlich ,weiblicher Eigenschaften, wie Einfühlungsvermögen und kommunikative Verständigung, die "unbewusst als formlos und chaotisch, als Einbruch latenter Homosexualität und Identitätsbedrohung gefürchtet werden" (ebd., 349f.).

FORUM

Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten

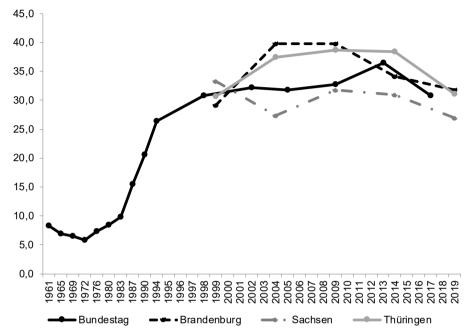
INA BIFBFR

Die Entwicklungen waren positiv. Ob international, national, kommunal oder auf Ebene der Länder: Seit den 1980er Jahren hat sich der Frauenanteil in den Parlamenten erhöht (Inter-Parliamentary Union 2019). Dieser positive Trend erlebt in den letzten Jahren in Deutschland eine Kehrtwende. Bei der Bundestagswahl 2017 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 stellte die Presse erschreckt fest, dass die Parlamente "männlicher" werden (DPA 2017a). Die Ursachensuche begann: Die CDU in Thüringen würde die Frauen marginalisieren (DPA 2017b), die Parteien würden ihren Kandidatinnen weniger zutrauen (Meyer/Hassenkamp 2019), das Wahlsystem habe eine Mitschuld (Tomik 2017), die männerlastige AfD sei verantwortlich (DPA 2019) und der Osten sei ohnehin ganz anders als der Westen (Schaefer 2019). Und in der Tat kann empirisch festgestellt werden, dass die Frauenanteile sowohl im Bundestag als auch in besagten Landtagen in jüngster Zeit gesunken sind (Abbildung 1). Im Bundestag sank die Rate um 5,7 Prozentpunkte auf derzeit 31,2% (Deutscher Bundestag 2020). Verglichen mit Brandenburg und Sachsen verzeichnet Thüringen, einst das Land mit dem höchsten Frauenanteil, einen besonders drastischen Verlust um 7,4 Prozentpunkte.

Aber die Verläufe über die Zeit in Abbildung 1 zeigen auch deutliche Unterschiede. Im Fall des Bundestags kann durchaus von einer Kehrtwende des Trends nach der Wahl 2017 gesprochen werden, da er zuvor von 1972 bis 2013 tendenziell steigende Frauenanteile aufwies. In den drei Landtagen zeigt sich jedoch ein anderes Bild: In Thüringen und Brandenburg war bei der Wahl 2004 ein Sprung nach oben zu beobachten (Thüringen: 37,5%; Brandenburg: 39,8%), während in Sachsen im gleichen Jahr deutlich weniger Frauen in den Landtag gewählt wurden (27,4%). Entgegen den Medienberichten sanken die Raten bereits vor den AfD-Erfolgen.

Diese empirischen Befunde legen nahe, dass die Entwicklung der Anteile weiblicher Parlamentarier in den Landtagen keinesfalls allgemeingültig oder monokausal betrachtet werden sollte. Vielmehr ist eine differenzierte Analyse der Wirkungsmechanismen verschiedener Faktoren und deren Kombination angemessen. Nachfolgender Artikel stellt sich dieser Aufgabe, indem die Repräsentation von Frauen und Männer bei den Landtagswahlen unter besonderer Fokussierung der Entwicklung im Osten betrachtet wird. Dabei wird auf die beiden gängigsten Erklärungsfaktoren - Parteiideologie und Wahlsystem - zurückgegriffen. Diese werden nachfolgend vorgestellt und ihr kombiniertes Wirkungspotenzial erläutert. Darauf aufbauend wird das Forschungsdesign und die Datengrundlage vorgestellt, bevor dann die empirische Analyse erfolgt. Ein Fazit rundet den Artikel ab.

Abbildung 1: Entwicklung des Frauenanteils im deutschen Bundestag und in den Landtagen Brandenburg, Sachsen und Thüringen (in %)



Datenquelle: Bieber 2013; Eder und Fortin-Rittberger 2015; Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten).

Parteiideologie und Wahlsystem

In der empirischen Repräsentationsforschung haben sich zwei Ansätze zur Erklärung von Geschlechterunterschieden in der Repräsentation etabliert (Fortin-Rittberger/ Rittberger 2014; Schwindt-Bayer/Squire 2014; Thames 2017): (1) Die ideologische Ausrichtung der Parteien und (2) wahlsystematische Mechanismen. Sie liefern einzeln und in Kombination eine geeignete theoretische Basis bei der Suche nach Ursachen der beschriebenen Entwicklung.

Bezüglich der ideologischen Parteiausrichtung konnte beobachtet werden, dass die Repräsentationschancen von Frauen in Parteien des linken Spektrums deutlich höher sind als in Parteien des rechten Spektrums (Luhiste 2015; Siaroff 2000). Dies kann nicht nur international (Caul 1999), sondern auch in der longitudinalen Perspektive für Deutschland beobachtet werden (Bieber 2013) und ist auf die ideologischen

Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern

ANNETTE HENNINGER

Nachdem die AfD in die Parlamente eingezogen war, lancierte ihre Fraktion eine Flut von Kleinen Anfragen mit dem Ziel, Gender Studies, Gleichstellungspolitik und Initiativen zur Entnormierung und Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse zu delegitimieren. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sind Gleichstellungspolitiker*innen, feministische und queere Aktivist*innen, Pädagog*innen und Wissenschaftler*innen unmittelbar mit dem Thema Antifeminismus konfrontiert. Zwei kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte an der Universität Marburg analysieren die antifeministische Diskursproduktion und ihre Effekte in verschiedenen Praxisfeldern. Über die Ergebnisse des Projekts "Genderismus' in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016"¹ wurde in der Femina Politica bereits berichtet (Henninger 2019). Hier konzentriere ich mich auf empirische Befunde sowie politisch-praktische Schlussfolgerungen in Bezug auf Interventionsmöglichkeiten aus dem interdisziplinären Projekt "REVERSE – Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial"², in dem wir fünf Fallstudien zu Antifeminismus in der Wissenschaft, zu Diskursen über Mutterschaft, zu den Effekten der diskursiven Ethnisierung von Sexismus in Orientierungskursen für neu Zugewanderte, zu den Auswirkungen der Debatte über "Frühsexualisierung" in der Sexualpädagogik sowie zu antifeministischen Mobilisierungsversuchen gegen die "Ehe für alle" durchgeführt haben.³

Als übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass in keiner der Fallstudien direkte Effekte antifeministischer Mobilisierungen auf das untersuchte Feld selbst beobachtet werden konnten. Allerdings wurden dort in Abhängigkeit von den feldspezifischen Problem- und Konfliktkonstellationen teilweise durchaus Fragmente antifeministischer Diskurse virulent, und die Genderkritiker*innen aus der Wissenschaft wirkten mit ihren Positionen in antifeministische Diskurse außerhalb der Wissenschaft hinein. Dies wird im Folgenden herausgearbeitet, wobei der Fokus auf Handlungsmöglichkeiten für emanzipatorische Gegenstrategien liegt.

Schwerpunkt der kulturwissenschaftlichen Fallstudie zu Antifeminismus in der Wissenschaft (Bearbeitung: Marion Näser-Lather) war eine Diskurs- und Rezeptionsanalyse der Publikationen von zehn akademischen Gender-Kritiker*innen. Diese sind in ihren Disziplinen teilweise recht profiliert, allerdings nicht in der Geschlechterforschung ausgewiesen. Sie nutzen jedoch ihre wissenschaftliche Autorität, um in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Expertise über "Gender" zu reklamieren und ihren antifeministischen Argumenten einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben – trotz teilweise eklatanter Verstöße gegen wissenschaftliche Standards. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) [Hq.]. 2018: Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin. Internet: www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus als demokratiegefaehrdung.pdf (09.01.20).

BT-Drucksache 19/8220, 2019: Antwort der Bundesregierung vom 27.03.2019 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: "Genderkritik und die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft durch Misandrie", 13.03.2019. Internet: http://dipbt.bundestaq.de/doc/btd/19/087/1908788.pdf [08.01.2020].

Diskursatlas Antifeminismus, o.J. Internet: www.diskursatlas.de/index.php?title=Hauptseite [10 02 20]

Henninger, Annette, 2019: Antifeminismus in Deutschland: Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern. In: Femina Politica 28 (1), 139-141.

Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hq.), 2020 (i.E.): Antifeminismen. ,Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript.

Kelle, Birgit, 2017: Hört auf, uns Mütter "befreien" zu wollen! In: welt.de, 13.07.2017. Internet: www.welt.de/debatte/kommentare/article166632672/Hoert-auf-uns-Muetter-befreien-zu-wollen.html (08.01.20).

Klemm, Sarah/Wittenzellner, Ulla/Knepper, Lena, o.J.: Dieses Genderdings! Wörterbuch. Berlin: Dissens-Institut für Bildung und Forschung e.V.. Internet: https://somi.dissens.de/fileadmin/ social_media_interventions/SoMI_Wörterbuch.pdf (10.02.20).

Marx, Daniela/Kotlenga, Sandra, 2017: Übliche Widerstände oder neue Infragestellungen? Gleichstellungsfeindlichkeit und Angriffe auf Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in Niedersachsen. Bericht zum Projekt "Antifeminismus an Hochschulen in Niedersachsen" (unter Mitarbeit von Birte Driesner und Doris Hayn). Georg-August-Universität Göttingen: Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulbeauftragter, Internet: https://www.nds-lagen.de/download/ Berichte/Abschlussbericht LNHF-Projekt Antifem final Sept 2018.pdf (09.01.20).

Schutzbach, Franziska, 2017: "Gender Raus!" Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Internet: https://www.gwi-boell.de/de/2017/07/04/gender-raus-12-richtigstellungen-zu-antifeminismus-und-gender-kritik (09.01.20).

Frauen auf der Überholspur? Kolonialität der Staatsbürgerschaft und verkörperte soziale Mobilität¹

JULIA ROTH. MANUELA BOATCĂ

Die gegenwärtige Kluft zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene macht die Welt ungleicher als je zuvor (Reid-Henry 2015). Gleichzeitig ist der Reichtum stark geschlechtsspezifisch verteilt. Unter zehn Milliardär*innen weltweit ist nur eine Frau, und nur 1,4% darunter sind Milliardärinnen der ersten Generation, also keine Erbinnen (Wang 2018; Pendleton/Cannon 2018). Im Gegensatz dazu besitzen Frauen weniger als zwei Prozent Land weltweit, stellen die Mehrheit der ärmsten Menschen

der Welt dar und leisten jährlich zehn Billionen Dollar an unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit (Oxfam 2018). An beiden Enden der Weltvermögens- und Einkommensverteilung erklären die geschlechtsspezifischen Unterschiede einen großen Teil der derzeit zunehmenden globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten.

Da die Unterschiede bei den Durchschnittseinkommen zwischen den Ländern zusammen mit der globalen Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden, ist Migration zu einer der wirksamsten Strategien der Aufwärtsmobilität geworden (Korzeniewicz/Moran 2009; Milanovic 2016; Shachar 2009; Reid-Smith 2015). Der Zugang zum Territorium und zu den Ressourcen eines Landes, das relativ bessergestellt ist als das Geburts- oder Wohnsitzland, bringt den Menschen in den meisten Teilen der Welt unmittelbare wirtschaftliche Vorteile. Branko Milanovic (2016) hat den Begriff "Staatsbürgerschaftsprämie" geprägt, um zu erklären, dass die Geburt in einem reichen Land eine Besserstellung bezüglich der Einkommensverteilung gegenüber jemandem bedeutet, der in einem sehr armen Land geboren wurde. Je nachdem, wo sie sich befinden und wohin sie einwandern können, können die Bürger*innen armer Länder also ihr Realeinkommen verdoppeln, verdreifachen oder mehr als verzehnfachen, wenn sie in ein reiches Land ziehen (ebd.).

Doch der Zugang zur internationalen Migration in ein reicheres Land ist ungleich verteilt. Auch die individuellen Möglichkeiten, Ungleichheit und Armut zu bekämpfen, sind geschlechtsspezifisch verschieden. Das Wissen um mögliche Reiserouten und bessere wirtschaftliche Aussichten, die Transportkosten (ob legal oder unautorisiert) und die Reisekosten erfordern erhebliche physische Mobilität sowie materielle und immaterielle Ressourcen. Solche Ressourcen stehen vor allem Mitgliedern der Mittel- und Oberschicht, Gebildeten und denjenigen zu, die nicht rassistisch markiert werden sowie Männern, die alleine reisen können. Als nicht-westlich rassisierte Frauen (insbesondere in Begleitung von Kindern) und andere marginalisierte Personen mit non-konformer Gender-Performance sind gegenwärtig aufgrund fortbestehender kolonialer und Genderhierarchien immer noch die am stärksten gefährdeten Migrierenden. Wir sprechen deshalb von der anhaltenden Kolonialität der Staatsbürgerschaft.

Im Folgenden argumentieren wir daher, dass, im Gegensatz zu überwiegend männlichen wohlhabenden Investoren, die ihre globale Mobilität erkaufen können, Frauen und feminisierte Andere, insbesondere LGBTIQ und rassisierte Personen, ihre vergeschlechtlichten Körper in langwierigen Arrangements zum Tausch anbieten müssen, um so schließlich Aufwärtsmobilität durch eine Aufenthaltserlaubnis oder die Staatsbürgerschaft eines wohlhabenden Landes zu erlangen. Der durch das ökonomische Kapital vermittelte Zugang von Frauen und feminisierten Anderen zu sozialer Mobilität ist also sowohl mit prekäreren Mitteln (dem eigenen Körper), als auch mit prekäreren Ergebnissen als bei Männern und unmarkierten Personen verbunden. Wir argumentieren, dass die wirtschaftliche Macht von Frauen teilweise als Widerstand funktioniert, sie also der Kolonialität der Macht entgegenwirkt, die sie systematisch in prekärere Positionen in der globalen Mobilitätsstruktur verbannt hat. Wang, Jennifer, 2018: The Richest Women in the World 2018, Forbes, 06.03.2018, Internet: www. forbes.com/sites/jenniferwang/2018/03/06/richest-women/#12d3d55881f1 (16.02.2020)

Filme

Heading South (Frankreich/Kanada 2006, Regie: Laurent Cantet), https://www.imdb.com/title/ tt0381690/?ref = nv sr srsq 0

Paradies: Liebe (Österreich 2012, Regie: Ulrich Seidel), https://www.imdb.com/title/ tt1403214/?ref = nv sr srsq 0

Sand Dollars (Dominikanische Republik 2015, Regie: Laura Amelia Guzmán, Israel Cárdenas), https://www.imdb.com/title/tt3958098/?ref =fn al tt 1

Den "König Sex" vom Thron stoßen? Das widerständige Potenzial einer gueer-affektiven Subjektivierung¹

VERENA KETTNER

Dieser Artikel beschäftigt sich aus einer queerfeministischen und affekttheoretischen Perspektive mit den Möglichkeiten, die queere Affekte für eine widerständige queere Subjektivierung haben können. Das Ziel der Analyse dieser "queeren Affekte" ist es, erkennbar zu machen, wie die Implikationen von Emotionen² wie Wut und Trauer, aber auch Glück und Hoffnung in Vorstellungen, Diskurse und Handlungen rund um queeres Leben eingeschrieben sind. Wie beeinflussen sie, wie queere Subjekte ihre vergeschlechtlichten, sexualisierten und verkörperten Identitäten entwerfen? Welche Handlungsmacht erlangen queere Subjekte dadurch in neoliberalen, heteronormativen Gesellschaften - oder nicht? Im folgenden Artikel werde ich diese queere Untersuchung von Affekten und ihren Implikationen am Beispiel des AIDS-Aktivismus in den 1980er-Jahren kurz darstellen, da dieser auf Wut und Trauer basiert und den Zusammenhang zu queeren Diskursen besonders deutlich sichtbar macht. Ich werde dabei umreißen, welches widerständige Potenzial für individuelle und kollektive Subjektivierungsformen und für Grenzverschiebungen des neoliberalen, heteronormativen Sexualitätsdispositivs sichtbar wird.

Was ist der "König Sex"?

Zu Beginn nun eine berechtigte Frage: Was ist der "König Sex" (Foucault 2003 (1977), 336) und von welchem Thron soll er gestoßen werden? Wenn Michel Foucault vom "König Sex" (ebd.) spricht, bezeichnet er damit das Sexualitätsdispositiv, welches er in westlichen, modernen³ Gesellschaften verortet. Im modernen Sexualitätsdispositiv werden Individuen durch verschiedene Machtmechanismen dazu angehalten, ihre Sexualität möglichst offen darzulegen und dadurch regierbar zu werden, da sich mit dem Wissen über die verschiedenen Sexualitäten diese in Richtungen lenken lassen, die der gesellschaftlichen Ökonomie nützen. Es zeichnet sich laut Foucault insbesondere dadurch aus, dass Sex in westlichen Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert nicht, wie in der viel verbreiteten Repressionshypothese angenommen, unterdrückt wird, sondern dass seither mehr und neue Diskurse um Sex produziert wurden und werden, die ihn ökonomisch verwertbar machen. Diese Diskurse verbinden das Sprechen der Individuen über das eigene sexuelle Begehren mit dem Erlangen von Glückseligkeit. Denn damit Ökonomien Individuen mithilfe ihres Begehrens und ihrer Körper regieren können, muss dieses Begehren auch erkennbar gemacht werden. Dafür braucht es in neoliberalen Gesellschaften veränderbare und vielseitige Machtmechanismen wie zum Beispiel Messungen, Statistiken und medizinisches Wissen, die - stets erneuerbare - Normalbereiche für sexuelles Begehren schaffen können, Gesetze und materielle Konsequenzen durchdringen, Anreize zur Normalisierung bieten und Instrumente zur Kategorisierung von Wahrnehmungen und Empfindungen entwerfen (Foucault 2013(1976)). Den "König Sex" (Foucault 2003(1977), 336) vom Thron zu stoßen, die Grenzen des Sexualitätsdispositivs also zu verschieben, bedeutet somit auch Möglichkeiten der Selbstwerdung zu finden, die sich der Regierung des Selbst durch neoliberale und heteronormative Machtdynamiken entziehen und andere Verständnisse von Subjekt-Sein und Handlungsmacht denkbar machen.

Radikale Queerness und Risse im liberalen Subjekt

Unter radikaler Queerness verstehe ich, wenn Queerness von Subjekten als ein politisches Konzept gelebt wird, das bewusst heteronormative Machtverhältnisse hinterfragt und durchquert. Queer zu sein im Sinne einer sexuellen Orientierung bedeutet somit nicht immer, radikale Gesellschaftskritik zu üben, aber in dieser Auffassung von Queerness steckt die Möglichkeit für Subjekte, das über den Ansatzpunkt der Sexualität zu tun.

Warum ich insbesondere queere Subjekte als mögliche Widerstandsträger innen gegen eine neoliberale, heteronormative Subjektivierung identifiziere, liegt an zwei Ausprägungen dieses Verständnisses von Queerness. Erstens lese ich mit Judith Butler queere Subjekte als jene Subjekte, die "Risse im Gewebe unseres epistemologischen Netzes" produzieren können, sich also an den Grenzen der Heteronormativität aufhalten und die Erkenntnisproduktion und Wahrheitsansprüche im Sexualitätsdispositiv aufbrechen können (Butler 2002, 253). Zusätzlich sehe ich Queerness in ihrer historischen Entwicklung als eine radikale Gesellschaftskritik, was unter anderem die Umdeutung des ursprünglichen Schimpfwortes queer in eine affirmative Selbstzuschreibung zeigt. Beide Lesarten beruhen darauf, dass Queerness hier ein politisches und analytisches Konzept darstellt, das Potenzial für radikale Gesellschaftskritik im Sinne von Aktivismus und alternativer Wissensproduktion

TAGESPOI ITIK

Nachruf auf Dr. Josch Hoenes (1972-2019)

AUTOR*INNENKOLLEKTIV

Josch Hoenes war einer der bedeutendsten Wegbereiter und Ausgestalter der Transgender Studies im deutschsprachigen Raum, einem jungen, interdisziplinären Forschungsfeld, das Menschen mit ungewöhnlichen Verkörperungen von Geschlecht in ihren komplexen gesellschaftlichen Verflechtungen zur Sprache kommen lässt, anstatt sie zu objektivieren und zu pathologisieren. Als Forschungsfeld zeigen sie auf, wie Annahmen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit in Diskursen, Normen, Regulierungen und Alltagspraktiken die Lebenschancen unkonventionell vergeschlechtlichter Menschen mitstrukturieren und einschränken. Die Transgender Studies tragen mit ihrer Wissensproduktion zu einem Gegenwissen bei, das sexuelle, geschlechtliche, idealerweise menschliche Vielfalt respektiert. Josch Hoenes trug mit seinem wissenschaftspolitischen Engagement maßgeblich zur Sichtbarkeit des Feldes bei und trieb mit seinem aktivistischen Wirken gesellschaftlichen Wandel im Sinne einer Anerkennung von vielfältigen Geschlechtern voran.

Mit seiner Forschung prägte Josch Hoenes insbesondere den kunst- und kulturwissenschaftlichen Bereich dieses im deutschsprachigen Raum noch nicht und auch international kaum institutionalisierten Forschungsfeldes in unvergleichbarer Weise. Hierbei analysierte Josch insbesondere visuelle Politiken und untersuchte das Potenzial kulturell-künstlerischer Artefakte, um trans* Personen¹ denk- und lebbar werden zu lassen. Dieser Frage ging er in seiner Dissertation zu Transmännlichkeiten im Bild (Hoenes 2014) wie auch in seinem Habilitationsprojekt zur Bilderpolitik in der Geschlechtskunde des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld (Hoenes 2017, 2019) nach. Des Weiteren intervenierte Josch kritisch in Gedankenexperimente zu Trans* im New Materialism, welche die vielfältigen Materialisierungen von trans* Körpern unsichtbar machen und in unzulässiger Weise von Diskursen abstrahieren, die die Lebenswelten von transgeschlechtlichen Menschen mitgestalten. Diesem Konzept setzte Josch die Auffassung von trans* Körperlichkeit als reale, gefühlte und lebbare Materialität entgegen und forderte dazu auf, trans*- und behindertenfeindliche Vorstellungen des unversehrten, "vollständigen" Körpers zu problematisieren (Hoenes 2018a).²

Josch Hoenes verfolgte mit seiner Forschung und seinem Aktivismus das Ziel, die Einhaltung der Menschenrechte sowie weitere Anliegen trans- und intergeschlechtlicher Menschen zu befördern. Exemplarisch hierfür ist seine Mitwirkung an der jüngst erschienenen Follow Up-Studie zur Häufigkeit normangleichender Operati-

In the Line of Fire: Sex(uality) and Gender Ideology in Brazil

NICOLAS WASSER. ISADORA LINS FRANCA

The so-called gender ideology was a decisive tool for Jair Bolsonaro and his followers during the Brazilian presidential elections in 2018. By mobilizing gender and sexuality as a moral discourse to dispute power in the country, enemies could be both efficiently crafted and violently attacked in the name of the nation, of Christianity and of traditional values such as the heterosexual nuclear family. By now, Brazil's far right government has completed its first year in office. Its aggressive gender and sexuality politics, however, still resemble the election campaign. The president exhibits a (mostly intended) bumbling management of ecological disasters, unemployment, increased armed violence, and the deep crisis of public and social institutions. Similarly, Damares Alves, evangelical pastor and head of the Ministry of Women, Family, and Human Rights, opts for ideological rhetoric and conservative politics instead of progressive strategies for the protection and empowerment of women, LGBT and other discriminated or historically disadvantaged groups. Alves became known soon after the inauguration of the new government, when she declared in a video that "the new age has begun, and now boys wear blue and girls wear pink" (Alves 2019). Out of a yearning for an ostensibly lost traditional gender order, Alves not only orchestrates both religious and secular voices that criminalize abortion – an illegal practice in Brazil as in most Latin American countries. Also, her Ministry supports national psychological associations that defend the 'cure' of LGBT people and advocate for sexual abstinence in order to prevent undesired pregnancy and sexual transmitted infections among teenagers.

Since the beginning of the Bolsonaro government, Brazil has witnessed the dismantling of administrative structures aimed at promoting public policies for LG-BTs and women, amidst a paternalistic state authoritarian discourse that defends and promotes a rather narrow view of the family. It follows the implementation of austerity and neoliberal politics, where universal services are seen as prejudicial to public accounts, transferring to families - and women - the obligation to do care work. These destructive policies accompany governmental statements of evident symbolic weight that postulate the non-recognition of LGBT as subjects of rights. They attack defenders of gender equality precisely in the fields aimed at confronting violence against women and LGBT and the promotion of the rights and autonomy of these populations. The field of culture has become a prominent target, since federal and state powers started to intervene in the circulation of movies and books with content that touch LGBT issues. Furthermore, education has turned into a similarly attacked field (Facchini/Rodrigues 2018), because schools and universities are suspected to be the production sites of gender ideology and communism

Wer putzt die Stadt? Ein Streik von Putzkräften in Marseille

ANNA STEENBLOCK

Wir haben geredet und geredet, aber irgendwann war es vorbei mit Reden, wir mussten aktiv werden. Wir sind keine Sklavinnen mehr, das ist vorbei. Nur weil wir Schwarze Frauen* sind und im Hotel arbeiten, können sie uns noch lange nicht verarschen. Ein Minimum an Respekt bitte!

(Primitivi 2019, Übers. AS)

Mehrmonatige Streiks im Reinigungsgewerbe haben sich in Frankreich seit den 2000er-Jahren gehäuft. Wenngleich ein Großteil der Streiks im Großraum Paris stattfand, traten auch in Marseille 2019 erstmalig elf Reinigungskräfte eines Hotels fast sechs Monate in einen Streik, der weit über die Stadt hinaus Wellen schlug. Der Streik in Marseille gibt nicht nur Aufschluss über einen beeindruckenden Arbeitskampf im Bereich sozialer Reproduktion, wie er in Deutschland trotz ähnlicher Arbeitsbedingungen nicht vorzufinden ist, sondern auch über die neoliberale Herstellung einer "sauberen" Stadt und die darin wirkenden Herrschaftsverhältnisse. Bevor ich darauf eingehe, werde ich zunächst einen Überblick über den Verlauf des Streiks geben. Im Anschluss diskutiere ich mit Françoise Vergès den postkolonialen Charakter, der durch die Streiks in der Reinigungsbranche sichtbar wird, wie dieser mit einer Dialektik von Dreck und Sauberkeit zusammenhängt und die Gentrifizierung der Stadt prägt.

167 Tage im Streik

Über 167 Tage waren elf Frauen* des 4-Sterne-Hotels NH Collection in der Marseiller Innenstadt zwischen April und September 2019 in den Streik getreten. Täglich kamen sie vor dem Hotel zu ihrem Streikposten zusammen, um ihren Forderungen mit Lärm, Eierwürfen und der Blockade des Eingangs Nachdruck zu verleihen. Sie forderten von ihrem Arbeitgeber Elior Services, einem multinationalen Subunternehmen im Bereich Restauration und Gebäudereinigung, u.a. die Auszahlung aller geleisteten Stunden, eine höhere Lohneinstufung, Zuschläge für Feiertage sowie planbare Arbeitszeiten. Die Streikenden und die anarchosyndikalistische Gewerkschaft Confédération nationale des travailleurs-Solidarité ouvrière (CNT-SO) hatten sich auf einen kurzen Arbeitskampf mit hohen Erfolgschancen eingestellt, ähnlich wie bei vorherigen Streiks in der Stadt. Das Unternehmen Elior Services antwortete jedoch mit massiver Repression und erkannte die CNT-SO nicht als Verhandlungspartnerin an. Trotz strategischer Kreativität, starker Unterstützung aus der Bevölkerung und Zivilgesellschaft, großer Öffentlichkeit, die sogar die Regie-

Literatur

AncrAges, o.J.: Du bidonville à la Cité: Habitat ouvrier et immigré à Marseille. Internet: https:// ancrages.org/dossiers-ressources/du-bidonville-a-la-cite/(23.1.2020).

Bonduel, Ludovic, 2019: Gentrification Policies and Urban Protests in Marseille. Internet: https://labqov.city/theurbanmedialab/gentrification-policies-and-urban-protests-in-marseille/ [27.2.2020]

Buckel, Sonja, 2015: Dirty Capitalism. In: Martin, Dirk/Martin, Susanne/Wissel, Jens (Hq.): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie. Münster, 29-48.

CNT-SO 13, 2019: Suspension de la grève au NH Collection Marseille. Internet: http://www.cnt-so. org/IMG/pdf/communique-nhcollection 23sept.pdf (15.1.2020).

Ega, Françoise, 1978 (2000): Lettres à une noire. Récit antillais. Paris.

Federici, Silvia, 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation Wien

France Culture, 2019: Françoise Vergès: "La France s'est construite sur son image d'empire colonial". Internet: https://www.youtube.com/watch?v=26bOApXSlp4 (27.2.2020).

Palmiste, Claire, 2012: Génocide par substitution: usages et cadre théorique. In: Angleviel, Frédéric (Hg.): Les Outre-mers français: acutalités et études. Vol. 1. Paris. Internet: hal-01771854 [27.2.2020].

Primitivi, 2019: Quand les femmes de chambre se rebiffent. Internet: https://vimeo.com/336158677 [15.1.2020].

Steenblock, Anna, 2019: "Vorbei mit der Sklaverei!" Internet: https://revoltmag.org/articles/vorbei-mit-der-sklaverei/(27.2.2020).

Vergès, Françoise, 2019a: Un féminisme décolonial, Paris.

Vergès, Françoise, 2019b: Capitalocene, Waste, Race, and Gender. In: e-flux journal #100. Internet: www.e-flux.com/journal/100/269165/capitalocene-waste-race-and-gender/ (15.1.2020).

Zwischenraum Kollektiv (Hg.), 2017: Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven. Münster.

Sudanese Women Leading Revolution: Impact on **Transformation**

BALGHIS BADRI

On 19th of December 2018 a revolution started throughout Sudan. It lasted for eight months until July 2019 and ended the 30 years of dictatorship of President Omar al-Bashir. Both, the hope for a better future within Sudan and a critique of the corrupt government that misused Sudanese wealth – e.g. important resources such as petrol or gold, the fact that 80% of the gum Arabic is produced in Sudan or the fertility of the land for agriculture – were main reasons for almost all in Sudan to aspire for change. In this revolution, Sudanese women played an important role. Moreover,

their participation and engagement have substantially contributed to changes after the end of the revolution and the establishment of the transitional democratic government

Women's Roles in the Sudanese Revolution

Sudanese women participated in and shaped the revolution in various ways. These women were of different age, classes, regions and ethnicities. They have shown courage in participating in and leading the peaceful revolution. Several factors may offer an explanation why women have played a prominent role within the revolution: Women had lived in displaced camps for years. They had to experience that armed rebellions did not produce regime change that would improve their living standards. They had also faced restrictions to human security and freedom in their every-day lives, for example by being arrested or being fired from work due to their activism for rights and democracy.

Furthermore, many Sudanese women and men perceived themselves as second class citizens in their own country because only those Sudanese who belong to the ruling Islamist dictatorship regime were capable to lead a dignified life in Sudan, and they were a minority. The majority experienced different levels and types of discrimination, harassment and marginalization, which the political regime justified with references to religion. Before the revolution, women had already participated in the public: as workers in the informal sector, as university students in large numbers, as well as in the private sector, in political parties and civil society. Despite the restrictions imposed on political parties and civic associations, Sudanese people had not resigned themselves to the Islamist dictatorship.

Hence, it was no surprise that women were leading the demonstrations across Sudan and the sit-ins from 6th of April to 3rd of June 2019. The peaceful sit-ins took place in front of the Ministry of Defence headquarters and symbolized the request towards the military to both protect and align itself with the demonstration. The sit-ins were accompanied by daily marches where people demanded a transfer of power to civilians, the installation of a just judiciary system independent from the government, the end of corruption of the Islamist regime, transitional justice and retribution for the bloody war in Darfur. The protesters also called for justice and freedom and for freeing detainees, as well as for gender equality and empowering rural women, the protection from rape and sexual harassment of internally displaced women and women in war zone areas, and in general to respect the rights and diversity of Sudanese people. That was summarized in the revolution slogan "Freedom, Peace and Justice". In this revolution, women played a substantial role as speakers but also as guards at the entrances to ensure security during the sit-ins. Moreover, they were at the forefront as medical doctors and psychologists, providing support for those who faced violence during the demonstrations and to the families of those who had been

killed during the Islamist dictatorship. They also led women-specific demands dur-

Security Council Resolution 1325 (UNSCR 1325) by the ministerial council before March 2020. A draft law was submitted to the ministry of justice on the issue of Female Genital Mutilation (FGM). Furthermore, the female minister of youth and sports, Wala'a Essam al-Boushi, a former activist, agreed to a female soccer team that already started competitions.

Women's Activism and the Need to Continue Fighting for Change

Women's activists of all generations fought for legal reforms that led to the repeal of what is known as the public order law, a law that was previously tailored to subordinate and harass women. They are still demanding changes to other laws, especially the family law, and they support the new law to prohibit FGM. These claims were accepted by the FFC groups. The UN offices in Khartoum and the African Union are positive about the changes that happened in Sudan and sent high-level representatives to meet the Sudanese women's groups. The minister of justice, Nasreldin Abdelbari, a former human rights activist, promised to follow up on these demands. However, there is a risk that some groups – as for instance the Islamist fundamentalist groups who resisted any reforms – may stand against complete secular laws and system of governors once the parliament will be formed.

The revolution has led women activists to unite and to achieve the change they have been striving for for decades. Their activism needs to continue. Likewise, support from the Sudanese diaspora and the international community is needed to continue these struggles. The road to achieve the demands and hopes of the different women in Sudan is still long, but the will and determination to date are scaling up and not diminishing.

Ikone oder Hassbild? Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung

ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF

Im August 2018 begann die 16-jährige Greta Thunberg vor dem schwedischen Parlament mit einem Schild mit der Aufschrift "Skolstrejk för klimatet" (Schulstreik für das Klima) wöchentlich für Klimagerechtigkeit zu demonstrieren. Aus diesem Protest entstand eine globale Protestbewegung unter dem Schlagwort Fridays for Future (FFF), welche im September 2019 laut Organisator*innen 163 Länder und über vier Millionen Menschen erfasste. Am 20. September 2019 organisierten sich in Deutschland allein 1,4 Millionen Menschen in 557 Städten (Denkler 2019). In ihrem Ausmaß ist die FFF-Bewegung mit der 1968er-Bewegung oder der Occupy-

Bewegung zu vergleichen. Zentrales Ziel ist die Einhaltung des Pariser Abkommens im Rahmen der Klimaschutzkonferenz 2015. Die Beharrlichkeit dieser Jugendbewegung mit Parolen wie "Es ist fünf vor zwölf" hat eine breitere Diskussion über eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft ausgelöst. Auf dem Davoser World Economic Forum im Januar 2019 betonte Thunberg die Dramatik der momentanen Klimasituation mit dem Aufruf "I want you to panic" (Schneider 2019).¹

Thunberg wurde zur Führungsfigur der FFF-Bewegung stilisiert (zu Führungsfiguren siehe Robnett 2013). Im Jahr 2019 reist sie durch Europa und die USA, sie spricht auf internationalem Parkett und ihr Handeln wird medial diskutiert. Das Engagement von Jugendlichen für Umweltkooo ist indes kein neues Phänomen: Bereits auf der ersten Klimakonferenz der Vereinten Nationen 1992 sprach die 12-jährige kanadische Umweltaktivistin Severn Cullis-Suzuki. Auch dass junge Menschen eine Bewegung tragen, ist keine Seltenheit. Dennoch werden Thunbergs Alter, ihr Auftreten und ihre Ansprachen als ungewöhnlich, beachtlich oder als kritikwürdig wahrgenommen. Von dem Fachmagazin Nature wurde Thunberg zu den zehn wichtigsten Menschen gekürt, welche im letzten Jahr eine entscheidende Rolle für die Wissenschaft spielten (Zeit Online 17.12.2019). Zugleich wird Thunberg gehasst, pathologisiert oder als verlängerter Arm von Ökokonzernen gesehen (Schneider 2019). Im Folgenden möchten wir die Wahrnehmung von Greta Thunberg in der FFF-Bewegung aus zwei unterschiedlichen Perspektiven diskutieren: erstens wie Thunberg in der Bewegung selbst und zweitens wie sie medial wahrgenommen wird.

Geschlecht und Wahrnehmung von Greta von Thunberg und die FFF

Die FFF-Bewegung wird überwiegend von jungen Menschen aus der Mittelschicht getragen (Daniel/Deutschmann 2020). Bemerkenswert ist die hohe Mobilisierung von jungen Frauen, werden Proteste doch häufig als Männerdomäne beschrieben.² Im letzten Jahr beteiligten sich bei dem Klimastreik im März in Berlin knapp 60% Frauen. Im Wiener Kontext nahmen sogar 62% Frauen am Klimaaktionstag am 31. Mai 2019 teil. Dieser Trend zeigt sich europaweit, nur in Brüssel und Lausanne war ihr Anteil unter 50% (Wahlströhm et al. 2019, 10). Die hohe Beteiligung junger Frauen spiegelt sich auch in der Organisation der FFF wider. Geschlechterparität gilt hier als selbstverständlich (Gruppengespräch mit FFF, Wien, 5.11.2019). Gründe, warum mehr Frauen auf der Straße sind, sind unter anderem darin zu finden, dass sich vor allem junge Frauen vermehrt für Umweltschutz engagieren. Viele der Frauen verknüpfen Umweltschutz mit familiärer Fürsorge (Interview, Wien, 31.5.2019). Dies zeigt sich daran, dass sich zunehmend junge Mütter beteiligen, denn sie teilen die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und der Menschheit als Ganzes. Umweltschutz wird hier mit weiblichen Eigenschaften wie Fürsorge oder Mitgefühl verbunden. Andere setzen die Ausbeutung der Natur mit der Unterdrückung von Frauen gleich und machen den Kapitalismus für beides verantwortlich (Interview, Wien, 16.8.2019).

Süddeutsche Zeitung Online, Die Welt steht in Flammen, falls ihr das nicht mitbekommen habt, 21.1.2020. Internet: nn [26.2.2020].

Wahlström, Michael/Kocyba, Piotr/De Vvdt, Michiel/de Moor, Joost (Hg.), 2019: Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays For Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities. Internet: protestinstitut.eu (22.1.2020).

Zeit Campus, Fridays for Future. Die Strategin, 1.3.2019. Internet: https://www.zeit.de/campus/2019-02/fridays-for-future-luisa-neubauer-organisatorin-demonstration-schueler-klimaschutz (15.1.2020).

Zeit Online, Wissenschaftsmagazin ehrt Greta Thunberg, 17.12.2019. Internet: https://www.zeit. de/wissen/2019-12/natures-10-greta-thunberg-2019 (15.1.2020).

Wie machen wir einen Feminismus für die 99%?

GESINE FUCHS

Mitte der 1980er-Jahre wurde ich durch Frauen-, Anti-AKW- und Friedensbewegung politisiert. Mein Gemeinschaftskunde-Unterricht hinterließ die radikale Erkenntnis, dass der Kapitalismus nur mit immerwährender Expansion funktioniert und dies bald an eine Grenze stoßen wird, weil wir in einer endlichen Welt leben. Seitdem hatte ich immer ein unterschwelliges Unbehagen, dass Reformen diesen Grundwiderspruch nicht lösen können und eigentlich eine antikapitalistische Politik angezeigt sei. Das Manifest "Feminismus für die 99%" von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser (2019) fordert genau dies: Es stellt eine feministische Kapitalismuskritik ins Zentrum und entwickelt eine umfassende Diagnose zum Zusammenhang von Kapitalismus und Naturzerstörung, von Ausbeutung durch (unbezahlte) Arbeit und Rassismen. Inspiriert durch das "Kommunistische Manifest", 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels verfasst, entwickeln die Autorinnen in elf Thesen ihr Argument: Kapitalismus sei die Basis von Unterdrückung. Im Folgenden stelle ich diese Thesen vor und frage anschließend, welche politischen Konsequenzen sich aus dieser Diagnose konkret ergeben.

Feminismus für die 99%

Das Manifest formuliert in einer klaren und prägnanten Sprache eine umfassende Systemkritik und fordert, dass Feminismus heute antikapitalistisch, ökologisch und antirassistisch sein müsse. Der liberale Feminismus sei dafür ein Hindernis. Die Autorinnen setzen sich von einem Unternehmens-Feminismus ab, den sie in der Figur der Facebook-Managerin Sheryl Sandberg symbolisiert sehen. Entgegen des von Sandberg propagierten "lean-in-feminism" werde die Welt nicht automatisch besser, wenn die Hälfte der Vorstands- und Chefsessel mit Frauen besetzt werden, aber Aus-

SCHWFRPUNKT

Sicherheit, Militär und Geschlecht

Einleitung

JANA GÜNTHER. EVA MARIA HINTERHUBER. ANTONIA SCHMID

"Vorwärts in die Vergangenheit?" lautete 2019 der Titel des Friedensgutachtens (BICC et al 2019). Und in der Tat geraten lange als sicher erachtete Gewissheiten ins Wanken, "Errungenschaften der multilateralen Kooperation, die das friedliche Zusammenleben weltweit sichern halfen, werden Stück für Stück über Bord geworfen" (ebd., 5). Gewalttätig ausgetragene Konflikte werden von Jahr zu Jahr häufiger (ebd., 8), mehr noch, die "nukleare Weltordnung (befindet sich) in der Krise" (ebd., 25), Die Zahl der Menschen auf der Flucht hat ein historisches Hoch erreicht. Die aktuellen Schätzungen des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) belaufen sich auf über 82 Millionen Betroffene weltweit (UNHCR 2019, 30). Gleichzeitig missachtet die gegenwärtige Migrationspolitik Menschenrechte grundlegend, und Rüstungsexporte auch in Krisengebiete nehmen weiter zu. Die Vereinten Nationen sind angesichts der aktuellen Konfliktkonstellationen und aufgrund des politischen Kurswandels nicht zuletzt der USA in ihrer Rolle als Weltordnerin geschwächt (BICC et al. 2019, 11). Auf nationaler Ebene wird der Ruf nach dem "starken Mann' lauter, Rechtspopulismus und Autoritarismus sind auf dem Vormarsch (Wilde/Meyer 2018, 9ff.) und untergraben im Schulterschluss mit der neoliberalen Wirtschaftsordnung die Ideale der liberalen Demokratie wie Gleichberechtigung und allgemeine Menschenrechte. Alte Postulate, die angesichts steigender Konfliktzahlen seit Ende des Kalten Krieges faktisch längst widerlegt sind, werden reaktiviert – wie z.B. die Annahme einer Korrelation zwischen der Größe des nationalen Verteidigungsapparats mit dem Grad an Sicherheit und Frieden (Standke-Erdmann/Scheyer 2019).

Feministische Perspektiven auf Sicherheit und Militär sind vor diesem Hintergrund eine Notwendigkeit, fordern sie doch die Grundkonstanten des globalen Systems "organisierter Friedlosigkeit" (Senghaas 1969) heraus. Sie sind im besten Sinne "subversiv" (Shepherd 2016, 263), da sie auf eine Änderung der vorherrschenden Sicherheits- und politischen Weltordnung abzielen, die in Vergangenheit und Gegenwart Leid und Tod von Millionen Menschen hervorgebracht und angesichts des nuklearen Wettrüstens gleich mehrfach das Potenzial hat, die Menschheit als ganze auszulöschen. Geschlecht als Analysekategorie in den Fokus zu nehmen ist eine immanent feministische Unternehmung, da damit gleichzeitig die Hierarchisierungen und Konventionalisierungen in Bezug auf Gender ins Licht geraten, die strukturell wie auf Mikroebene die Freiheit von Individuen einschränken, ihre Sicherheit gefährden und so die Einlösung der Versprechen liberaler Demokratien verhindern. Sicherheit, Militär und Krieg sind dabei aus feministischer Perspektive jeweils ambivalente Forschungs- und Politikfelder, in denen "unschuldige Positionen" unmöglich sind. So hat Donna Haraway in ihrem wegweisenden "Cyborg Manifesto" (1984, hier Haraway 1995, 44) vergeschlechtlichte Dichotomien in Bezug auf Sicherheitstechnologien zurückgewiesen und die aktive Verstrickung von Frauen* in militärisch-industrielle Technologien und Komplexe gefordert (ebd., 59): "Die Dichotomien von Geist und Körper, Tier und Mensch, Organismus und Maschine, öffentlich und privat, Natur und Kultur, Männer und Frauen, primitiv und zivilisiert sind seit langem ausgehöhlt" (ebd., 51). Das gilt einerseits auch für Sicherheit, Militär und Krieg. Andererseits sind binäre und materiell sehr wirkmächtige Konstruktionen in diesen Feldern besonders ausgeprägt und persistent. Geschlecht wird im Zusammenhang mit nationalstaatlich verfassten Makrostrukturen spezifisch nutzbar (Yuval-Davis 2001); "Frauen" und "Männern" werden in politischen Gemeinschaften nicht nur verschiedene Rollen zugewiesen, sondern die normativen Grundsätze politischer Gemeinschaften werden gerade in Bezug auf die Sicherung und Verteidigung ihrer – auch ideellen – Grenzen evident. Dazu gehört seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch die Partizipation von Frauen* an diesen militärischen Aufgaben. Eine Bewertung etwa der Öffnung aller Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen* aus feministischer Perspektive fiele beispielweise je nach Schwerpunktsetzung sehr heterogen aus: Als aktiven Staatsbürgerinnen dürfte ihnen der Dienst an der Waffe nicht verwehrt werden (vgl. Yuval Davis 2001, 154); die Erfahrung von Gleichheit und Kameradschaft innerhalb des Soziotops Militär kann Geschlecht wie auch religiöse, kulturelle oder ethnische Herkunft transzendieren. Gleichzeitig existiert traditionell eine feministische Debatte über den Zusammenhang zwischen "feministischem Aktivismus und Friedensaktivismus" (ebd., 156), die differenztheoretisch weiblich konnotiertes politisches Handeln gegenüber als männlich und destruktiv' identifizierten Strategien aufwertet. Aus dieser Sicht ist die Teilhabe an vormals Männern vorbehaltenen Aufgaben und Privilegien wie dem Militärdienst nicht emanzipatorisch; stattdessen müssten "Frauenbereiche" ihnen gegenüber aufgewertet werden.

Angesichts der Gleichzeitigkeit und der Spannung zwischen den beschriebenen weltweiten Zuspitzungen einerseits und den hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit durchaus fortschreitenden progressiven Tendenzen andererseits ebenso wie mit Blick auf die Heterogenität feministischer Ansätze zum Thema ist der blinde Fleck, den die Querschnittskategorie Geschlecht in Standardwerken zu Krieg und Sicherheit einnimmt, immer noch frappierend - obwohl die Bedeutung, die Gründe und die Folgen von Krieg ohne eine Bezugnahme auf Geschlecht nicht verstanden werden können: Geschlecht als Analysekategorie verändert seine Erforschung (Sjoberg 2013, zit. n. Sjoberg 2016, 199) ebenso wie die von Sicherheit.

Das Genderregime als wirkmächtige verborgene Institution in der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen

MANUELA SCHEUFRMANN

Die Vereinten Nationen (United Nations, UN) waren die erste internationale Regierungsorganisation, die sich Fragen der Geschlechtergerechtigkeit gewidmet und bereits in den 1970er Jahren des vergangenen Jahrtausends entsprechende formale Institutionen gegründet hat. Im Jahr 2000 wurde Geschlechterpolitik in dem mit Frieden und Sicherheit befassten Bereich der UN zu einem sicherheitsrelevanten Thema. Mit der globalen Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit (FFS) wurden Geschlechterfragen in die UN-Friedens- und Sicherheitsarchitektur integriert.¹ Frauen wurde eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen Friedenskonsolidierung zugesprochen und ihre besondere Situation in gewaltsamen Konflikten und Kriegen anerkannt. Der Dreiklang aus "protection, prevention, participation" prägt seitdem die formal-institutionelle Geschlechterpolitik der mit Frieden und Sicherheit befassten UN-Institutionen, vornehmlich des Sicherheitsrats und der Abteilung für Friedensoperationen.² Sogenannte Gender Units (GU), Gender Focal Points (GFP) und Gender Advisors (GA), die die Geschlechtergerechtigkeit und die Selbstermächtigung von Frauen innerhalb und außerhalb des UN-Systems fördern sollen, wurden sowohl im Department of Peace Operations (DPO) als auch in zahlreichen UN-Friedensmissionen etabliert (UNDPKO/DFS 2018; UN Women 2019). Maßnahmen wie Gendertrainings zur "Sensibilisierung in Geschlechterfragen" (S/RES/1325 (2000) v. 31.10.2001, §7), die Integration von geschlechtersensibler Sprache in die DPO-Dokumente und Zero Tolerance-Regeln gegen den sexuellen Missbrauch von Menschen in den Einsatzgebieten durch UN-Personal werden seit 2000 sukzessive weiterentwickelt.

Angesichts dieser formal-institutionellen Neugründungen, die in der organisationalen Welt der internationalen Regierungsorganisationen ihresgleichen suchen, wäre davon auszugehen, dass die UN auch bezüglich der Ergebnisse ihrer Gleichstellungspolitik ein erfolgreiches Beispiel sein müssten. Studien, die sich mit der Geschlechtersensibilität der genderspezifischen Resolutionen im Sicherheitsrat (Zürn 2019), mit den Gendertrainings (Caparini 2019) und den Effekten der formalen mit Gender befassten Institutionen wie den genannten GUs, GFPs und GAs in den Einsatzgebieten auf Geschlechterparität auseinandersetzen (Bleckner 2013), kommen jedoch zu einem ernüchternden Ergebnis. Die UN sind mitnichten eine geschlechtergerechte Organisation. Dies zeigt auch der vorliegende Beitrag, der neben der formal-institutionellen insbesondere die informelle Ebene der Organisation beleuchtet.

Forschungsgegenstand und Stand der Forschung

Der Beitrag untersucht die in das UN-System hineinwirkende Geschlechterpolitik der UN in der Abteilung für Friedensoperationen vor dem Hintergrund des feministischen Institutionalismus (FI).

Bisher wurde die globale Agenda nur vereinzelt unter Bezugnahme auf den FI untersucht. Die meisten Studien zu FFS wollen das empirische Phänomen der UN-Geschlechterpolitik im Bereich Frieden und Sicherheit beschreibend verstehen, ohne sich damit theoretisch auseinanderzusetzen. Sie sind dem feministischen Empirismus zuzurechnen, wie beispielsweise das 2019 erschienene "Oxford Handbook on Women, Peace and Security" zeigt. Einige Arbeiten nehmen eine postkoloniale oder eine poststrukturalistische Perspektive (Pratt 2013) ein oder beschäftigen sich mit Policy Diffusion (True 2016). Eine hochrangig besetzte Diskussionsrunde während der International Studies Association Annual Convention 2017, die sich dem Thema "Challenges and Opportunities for Feminist IR: Researching Gendered Institutions" widmete, war die Initialzündung für den FI in dieser Subdisziplin der Internationalen Beziehungen. Wie Jennifer Thomson 2019 darlegte, entwickelt sich derzeit eine politikwissenschaftliche Forschungsagenda, die verschiedene Aspekte des FFS-Projekts mittels feministisch-institutionalistischer Thesen untersucht. Georgina Holmes fragte 2019 aus einer solchen FI-Perspektive, inwiefern Peacekeeping eine vergeschlechtlichte Unternehmung (enterprise) sei. Fiona Mackay und Cera Murtagh beschäftigten sich 2019 mit dem "gendered paradox of power-sharing" im Kontext der Konfliktbeilegung und schrieben dem FI-Ansatz eine besondere Erklärungskraft zu. Im Folgenden wird die These entwickelt, dass ein verborgenes und wirkmächtiges Genderregime, eine "hidden institution" (Chappell/Waylen 2013; Waylen 2014), die einen ausgeprägten maskulinen Bias aufweist, die Entwicklung einer geschlechtergerechten UN-Friedens- und Sicherheitsarchitektur verhindert. Dabei werden insbesondere die informellen Geschlechterpraktiken des DPO einer Analyse unterzogen. Der Fachterminus des Genderregimes wurde in der feministischen vergleichenden Wohlfahrtsforschung in Abgrenzung zu Gøsta Esping-Andersens Begriff des Wohlfahrtsregimes etabliert (Betzelt 2007, 8). Diesem Genderregime nähert sich die Autorin evidenzbasiert an. Sein Inhalt wird ansatzweise nachgewiesen und seine Wirkung auf die formalen Regeln und Praktiken im DPO interpretiert.

Der Aufsatz leitet seine Befunde nicht aus dem offensichtlich Maskulinen ab wie beispielsweise Annica Kronsell (2016) in ihrer Studie zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Sie bezieht sich in ihrer Argumentation nur auf die unstrittig militaristischen Männlichkeitsbeweise in der ansonsten doch recht zivil sozialisierten GSVP. Im vorliegenden Beitrag wird stattdessen davon ausgegangen, dass der ausschließliche Rekurs auf eindeutig maskuline formelle Regeln und Praktiken in seiner Aussagekraft auf eben diese augenfälligen Beweise limitiert ist. Folgerichtig geht es neben Eindeutigkeiten hier ebenfalls um die versteckten informellen Regeln und sozialen Praktiken, die nicht weniger wirkmächtig zur NeUN News, 2016: HERstory, A Celebration of Leading Women in the United Nations. Internet: https://news.un.org/en/story/2016/12/548482-herstory-celebration-leading-women-united-nations (21.1.2020).

UN Security Council. 2019: Deployment of Female Personnel Boosts Effectiveness. Says Secretary-General, as Security Council Holds Open Debate on Women in Peacekeeping. Internet: https://www.un.org/press/en/2019/sc13773.doc.htm [22.1.2020].

UN Women, 2013: Evaluation of Gender Mainstreaming Activities of United Nations Peacekeeping Activities (MONUC/MONUSCO) in the Democratic Republic of the Congo. New York.

UN Women, 2015: Trends and Projections for Gender Parity: DPKO. New York.

UN Women. 2016: Status of women in the United Nations system. New York.

UN Women, 2019: Facts and Figures. Peace and Security. Internet: https://www.unwomen.org/ en/what-we-do/peace-and-security/facts-and-figures (14.1.2020).

Waylen, Georgina, 2014: Informal Institutions, Institutional Change, and Gender Equality. In: Political Research Quartely. 76 (1), 212-223.

Westendorf, Jasmine-Kim/Searle, Louise, 2017: Sexual Exploitation and Abuse in Peace Operations: Trends, Policy Responses and Future Directions. In: International Affairs. 93 (2), 365-387.

Yang, Jenny, 2016: Gender in Modern Peacekeeping: How to Enhance Effectiveness and Accountability. Internet: http://natoassociation.ca/gender-in-modern-peacekeeping-how-to-enhance-effectiveness-and-accountability/ (24.1.2020).

Zürn, Anja, 2019: From Sex and Gender to Intersectional Approaches? UN-Written Identities of Local Women in Participation and Protection Discourses. In: Scheuermann, Manuela/Dies. (Hg.): Gender Roles in Peace and Security. Prevent, Protect, Participate. Springer, Cham, 11-33.

Reforming Masculinity? The SSR-Induced Change of Violence-Centred Masculinities in the Liberian Security Sector

HENDRIK QUEST

The main endeavour of this article is an inductive one: I analyse how security sector reform (SSR) in Liberia has contributed to institutional changes of masculinity within the Armed Forces of Liberia (AFL) and the Liberian National Police (LNP). With this, I seek to unearth SSR-related factors that are relevant for the change of violence-centred masculinities in post-conflict security institutions more generally. Thus, the article addresses two highly related issues, (1) gender and SSR and (2) the way masculinities change during post-conflict reconstruction. SSR tries to generate effective security and justice institutions, which are made accountable by civilian oversight (Hänggi/Scherrer 2008, 488). Several contributions have shown that SSR impacts on gender relations in the security sector and beyond (Bacon 2015; Kunz 2014; Mobekk 2010; Wilén 2019). However, much of this research remains silent when it comes to how masculinities in the security sector are influenced by SSR. Questions concerning the interaction between post-conflict reconstruction and mas-

culinities have gained prominence as well (Cahn/Ni Aolain 2010; Messerschmidt/ Quest 2020; Porter 2013; Quest/Messerschmidt 2017; Schroer-Hippel 2011; Streicher 2011; Theidon 2009). Yet, the findings on what affects the change of masculinities remain scarce. That is why I employ an exploratory approach in my analysis. For the analysis of the Liberian case, two differentiations are crucial: Firstly, I need to distinguish between institutional practices before SSR started and those that emerged during SSR. As the Comprehensive Peace Agreement, which ended the civil war in August 2003, included some clauses on SSR, it is sensible to use practices during the war as a baseline for an assessment of whether changes have occurred. SSR was still ongoing when I conducted my research in 2017; hence I only differentiate between before and after August 2003. Secondly, to account for these changes, I need to distinguish different configurations of masculinities. By violence-centred masculinities, I mean institutional constructions that further direct physical violence, be it in the form of organised military violence or as unorganised violence against other individuals. Peace-compatible masculinities describe institutional constructions that are conducive to peace and non-violence.

In my framework, change means that practices move along continua between violence-centred and peace-compatible masculinities. I analyse how SSR has changed practices on three security sector-related continua (acceptance of women and femininity, construction of the ideal soldier/police officer, and institutional approach to sexual violence) and identify central factors for this development.²

Practice theory and the analysis of masculinities

I employ a practice-theoretical framework that guides the research on masculinities by distilling masculine practices from relevant strands of literature. The central premise of practice-theoretical approaches is that even the most complex social structures or processes can be reconstructed by observing practices (Bueger/Gadinger 2015, 453). I understand practices as "knowledge-constituted, meaningful patterns of socially recognized activity embedded in communities, routines and organizations that structure experience" (Adler 2008, 198). Practices are always gendered, and gender identities do not exist prior to or outside of performative acts in which specific gender roles are created, enacted, and reinforced (Butler 2015, 185). Additionally, there is always a practice of masculinity that gains hegemony due to its ability to legitimize the "dominant position of men and the subordination of women" (Connell 2005, 77). In this vein, we can grasp masculinity and femininity as 'gender projects' that shape social practice and can also transform it (ibid., 72). Consequently, hegemonic masculinities within the military and the police might change, depending on the wider context and the evolution of institutional cultures.

As security sector institutions are frequently male-dominated, they always produce different configurations of masculinity (Hearn 2012), which, nevertheless, can vary a lot as most components of these institutional masculinity constructions are not

determined by issues of efficiency (Seifert 1993, 220ff.). Based on earlier works (Messerschmidt/Quest 2018), I deem it feasible to conceptualize masculinities in the security sector as three continua ranging from violence-centred to peace-compatible complexes of institutional practices. These three continua, which are deduced from the literature on gender, masculinity, and security sector institutions, are (1) acceptance of women and femininity, (2) institutional construction of soldiers/police officers, and (3) institutional approach to sexual violence.

For the first continuum, the overarching question is whether there are practices that either devalue femininity or, in contrast, promote the acceptance of women and tasks traditionally regarded as feminine as part of the institution's work. At the violencecentered end of this continuum are practices such as the regular association of weakness with femininity (Barrett 1996, 133), using gendered or racialized insults (Whitworth 2004, 161), as well as the construction of physically challenging tasks as tests of manhood (Woodward 2000, 651f.). At the peace-compatible end of the continuum are practices such as linking peacekeeping tasks, like the ability to control the use of force and being impartial, (Duncanson 2009, 70) with masculinity.

The second continuum concerns the institutionally strengthened image of how members need to be in order to be perceived as legitimate parts of the institution. Here, violence-centred practices include rebuking any forms of individual or emotional expression (Keats 2010, 294), trying to eradicate "expressions of gender 'otherness" (Morton 2014, 199), and linking masculinity with physical fitness, toughness, and heterosexuality (Dittmer 2009, 242). Peace-compatible practices that are mentioned in the literature encompass having training (and the related masculinity) geared to something else than combat, e.g. technical rationality (Barrett 1996, 138f.).

The third continuum deals with the question of whether the respective institution is permissive or repressive when it comes to sexual violence. At the violence-centred end of this continuum are practices like normalising sexual assaults against women within the military (Maxwell 2009, 112), viewing women as sexual objects (ibid., 115), and a culture of non-intervention towards sexual exploitation and abuse of local populations by members of peacekeeping missions (Higate 2007, 111f.). The peace-compatible end of this third continuum is constituted by practices that reinforce the idea of zero tolerance toward sexual violence, such as having clear disciplinary and penal proceedings like for example in the German armed forces (Bundesministerium für Verteidigung 2004, 2ff.), annual reporting on sexual violence to civilian oversight bodies, such as the US Congress and Senate in the case of the US armed forces (United States Department of Defence Sexual Assault Prevention and Response Office 2018) and the framing of sexual violence as an impediment to military efficiency (United States Department of Defence 2010, 5).

All these practices constitute examples of how practices on the respective continua might look like and thus guided my research in Liberia. The framework helped me to determine whether the practices I observe belong to one of the three continua and if so, to clarify whether they are centred on violence or not. In this understand-

"Poor Boy, you are bound to die"? Die Pluralisierung militärischer Männlichkeiten im österreichischen Bundesheer 1950-1970

THOMAS ROHRINGER

Spezialeinheiten sind ein zentraler Bestandteil des gegenwärtigen "war on terror", in dem punktuelle Interventionen und Antiterroreinsätze in besetzten Gebieten eine wichtige Rolle spielen (Münkler 2006; Cormac 2017). Spätestens seit der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 durch US-Soldaten sind sie aber auch ein prominenter Bestandteil der Populärkultur – sei es durch Filme wie "Zero Dark Thirty" oder "American Sniper" oder durch das Genre der "Kill and Tell"-Bücher – wo mit dem Anspruch autobiografischer oder dokumentarischer Authentizität das Leben in diesen militärischen Formationen und ihre Einsätze geschildert werden (Pettersson/ Ben-Ari 2018).

Im anglo-amerikanischen Raum wird dieser Bedeutungsgewinn der Spezialeinsatzkräfte mit einem Prozess der Militarisierung in Verbindung gebracht, der symbolisch und innerhalb der Streitkräfte auch materiell mit einer Maskulinisierung einhergeht. Denn auch in geschlechterintegrierten Armeen erhalten die oft rein männlichen Spezialeinheiten dadurch mehr strategisches und taktisches Gewicht und werden zunehmend als Ideal militärischer Männlichkeit betrachtet (Lane 2017). Eine solche Perspektive auf Spezialeinheiten als überhöhte Repräsentanten der militärischen Männlichkeit verdeckt jedoch sowohl die konflikthafte Stellung, die sie innerhalb militärischer Strukturen einnahmen und -nehmen (Finlan 2019, 260ff.; Marquis 1997), als auch die Verschiebung in den Vorstellungen von ,richtiger' militärischer Männlichkeit, die diese Einheiten auslösten. Schließlich bedeutete dies die Integration des 'Anderen' der konventionellen Kriegsführung, nämlich guerillaartiger Taktiken in reguläre Armeen. Die daraus hervorgehenden Debatten demonstrieren, wie konflikthaft Wandlungsprozesse von Normen ,korrekter' militärischer Männlichkeit(en) verlaufen, sie zeigen aber auch die Flexibilität der Armeen bei der Integration unterschiedlicher Männlichkeiten (Warren 2019).

Männlichkeit(en) und Militär

Männlichkeit lässt sich weit gefasst als Bündel von Normen, Werten und Verhaltensformen definieren, das mit intersubjektiv als männlich anerkannten Körpern in Verbindung gebracht wird. Männlichkeit wird daher (ebenso wie und vis-à-vis von Weiblichkeit) im Zusammenspiel mit anderen Differenzkategorien wie Klasse oder ethnische Zugehörigkeit sozial hergestellt (Connell 2015, 135). Methodisch kann Männlichkeit akteur*innenzentriert untersucht werden, das heißt danach zu fragen, was Subjekte in individuellen Sprechakten als "männlich" bezeichnen, idealisieren

und problematisieren. Die Analyse kann aber auch Prozesse der Zuschreibung und Aneignung geschlechtlicher Identitäten sichtbar machen, die von Akteur*innen selbst nicht als solche expliziert werden (Fletcher 2018, 5ff.). Dabei koexistieren stets unterschiedliche Vorstellungen von Männlichkeit in verschiedenen sozialen Feldern. Mit Raewyn Connells Konzept der "hegemonialen Männlichkeit" kann herausgearbeitet werden, wie Akteur*innen diese unterschiedlichen Männlichkeiten zueinander in Beziehung setzen. Connell unterscheidet dabei zwischen einer idealisierten "hegemonialen Männlichkeit" sowie marginalisierten, untergeordneten und komplizenhaften Männlichkeiten. Sie und ihre Beziehungen zueinander sind nicht statisch, sondern wandelbar (Connell 2015, 129ff.; Hearn 2004).

Die gesellschaftlich hoch angesehene und daher von Männern angestrebte hegemoniale Männlichkeit und die Institution des Militärs werden in der Geschlechterforschung in engem Zusammenhang gesehen. Agostino (1998) und Barret (2006) identifizieren das Militär als den Ort, an dem hegemoniale Männlichkeiten konstruiert werden. Obwohl durch die Pluralisierung des Begriffes Männlichkeit der wandelbaren und kontingenten sozialen Konstruktion der Werte und Praktiken Rechnung getragen wird (Higate 2003), durch die Körper als männlich kategorisiert werden (Messerschmidt 2009), erscheinen militärische Männlichkeiten jedoch als erstaunlich homogen und statisch. So thematisieren etwa Paul Higate und John Hopton in ihrer überblicksartigen Darstellung militärischer Männlichkeit(en) in Großbritannien als einzigen Wendepunkt in deren Geschichte die Integration von Frauen in die britischen Streitkräfte (Higate/Hopton 2005, 435f.). Das Aufbrechen des Militärs in verschiedenen Staaten und der Rolle des kämpfenden Soldaten als exklusiv Männern vorbehaltene Betätigungsfelder an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert hat also das Interesse geschlechterwissenschaftlicher Forscher*innen geweckt (für Österreich: Strutz 2003; Gurtner 2009; Hatschek 2009). Die Erkenntnisse, dass Soldatinnen einerseits gegenüber ihren männlichen Kollegen oft rechtlich benachteiligt werden sowie in der militärischen Praxis oftmals Herabwürdigung und sexuelle Gewalt erfahren, dass sie sich andererseits bemühen, sich eine militärische Männlichkeit performativ anzueignen, haben jedoch dazu beigetragen, das Bild von einer statischen militärischen Männlichkeit zu zementieren (Higate/Hopton 2005, 437ff.; Karazi-Presler/Sasson-Levy/ Lomsky-Feder 2018). Dies hängt auch damit zusammen, dass unter dem Begriff der militärischen Männlichkeit unterschiedliche Phänomene von gesellschaftlichen Diskursen bis hin zu den Identitätskonstruktionen individueller Akteur*innen untersucht werden (Quest/Messerschmidt 2017, 262ff.). In diesem Artikel argumentiere ich dafür, die Pluralisierung militärischer Männlichkeiten auf der Ebene gesellschaftlicher Diskurse selbst zum Untersuchungsgegenstand zu machen (Belkin 2012, 1ff.).

Methodischer Zugang zum Thema

Diese konflikthafte Pluralisierung militärischer Männlichkeiten wird anhand einer historischen Fallstudie zur Einführung der sogenannten Jagdkampfkurse im

Die Janusköpfigkeit militärischer Gewalt: Zur Einhegung von Verletzbarkeit und Verletzungsmacht durch mexikanische Soldatinnen*

LOUISE THIFL

Soldat innen sind in der Militärorganisation mit einem Ausmaß an Gewalt konfrontiert, das es in der Form nicht (legitimiert) in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt: "Die gesellschaftliche Funktion des Soldaten (schließt) seine Tötungs- und Todesbereitschaft ein" (Bröckling 1997, 329). Im Kampfeinsatz können Militärangehörige verwundet werden oder gar sterben, sie sind in ihrer Tätigkeit einer deutlich erhöhten Verletzbarkeit ausgesetzt (Dörfler-Dierken 2010, 138). Die Ausrichtung des Militärs auf Kampfeinsätze muss dementsprechend auf der soldatischen Subjektebene eingelassen werden als "einen den eigenen Tod antizipierenden und legitimierenden Wertbezug" (Lepsius 1997, 366). Ebenso bedarf soldatische Verletzungsmacht einer legitimierenden Rahmung in spezifische Sinnzusammenhänge (Scarry 1992, 93-102).

In Mexiko lässt sich seit einigen Jahren eine Eskalation der Gewalt im öffentlichen Raum ausmachen, in der vermehrt das Militär im Namen der "inneren Sicherheit" eingesetzt wird (Vega Zayas 2010, 93; Jenss 2016, 323-332). In dieser gewaltgeprägten Situation verabschiedete das mexikanische Parlament im April 2008 ein Gesetz, das die umfassende Öffnung der Streitkräfte für Frauen¹ vorsieht – ohne Einschränkungen hinsichtlich der Verwendungen, Einheiten oder Dienstränge (Arcos Rosales 2012, 66). Die Einbindung von Frauen* in Kampfeinheiten stellt eine fundamentale Irritation in der etablierten, geschlechtsspezifischen Organisation von Gewalt in Mexiko dar. Bislang war der 'Dienst an der Waffe' ausschließlich den männlichen Staatsbürgern vorbehalten (Torres 2008).

Doch wie genau erfolgt die Artikulation von Gewalt durch die mexikanischen Soldatinnen*? Im Fokus dieses Artikels stehen die Fragen, wie sie mit ihrer soldatischen Verletzbarkeit umgehen und inwiefern sie sich die männlich konnotierte Sphäre soldatischer Verletzungsmacht erobern. Die Forschungsergebnisse sollen einen Beitrag zu einem differenzierteren Verständnis der vergeschlechtlichten Organisierung von Gewalt im Militärischen leisten. Zugleich wird damit die Kritik an einem dichotomen Verständnis von Gewalt in männliche Verletzungsmacht und weibliche Verletzbarkeit verknüpft. Dafür wird zunächst der theoretisch-methodische Rahmen des empirischen Forschungsprojekts ausgeführt und der soziopolitische Hintergrund der mexikanischen Streitkräfte vorgestellt. Danach wird der Umgang der Soldatinnen* mit Verletzbarkeit ausgelotet und im anschließenden Abschnitt der Zugang zu soldatischer Verletzungsmacht analysiert.

Theoretisch-methodischer Hintergrund

Nach dem Soziologen Heinrich Popitz kann Gewalt als eine allgegenwärtige Handlungsoption verstanden werden:

Der Mensch muß nie, kann aber immer gewaltsam handeln, er muß nie, kann aber immer töten – einzeln und kollektiv – gemeinsam oder arbeitsteilig – in allen Situationen, kämpfend oder Feste feiernd - in verschiedenen Gemütszuständen, im Zorn, ohne Zorn, mit Lust, ohne Lust, schreiend oder schweigend (in Todesstille) – für alle denkbaren Zwecke - jedermann (Popitz 1986, 76, i.O.).

Die fest verankerte menschliche Eigenschaft, dass jeder verletzen könne und gleichzeitig jederzeit verletzbar sei, stelle ein Grundsatzproblem von Vergesellschaftung dar (ebd., 89). Auch in modernen Gesellschaften mit weitgehend durchgesetzter staatlicher Gewaltmonopolisierung bleibt gewaltsames Handeln als Handlungsoption bestehen: "Die Verletzbarkeit des Menschen durch den Menschen ist nicht aufhebbar" (ebd., 69). Gewalt wird bei Popitz (ebd.) als eine zweiseitige Medaille verstanden: Mit dem Begriff "Verletzbarkeit" wird die grundsätzliche Zerstörbarkeit des Lebens adressiert, während "Verletzungsmacht" für die erfolgreich behauptete Möglichkeit steht, Gewalt auszuüben (Code 2009, 243). Verletzbarkeit und Verletzungsmacht stellen eine "Jedermanns-Ressource" (Popitz 1986, 76) dar, die theoretisch von jedem Menschen ausgeübt oder erfahren werden kann.

Allerdings gilt es an dieser Stelle einzuwenden, dass die verschiedenen Positionierungen innerhalb von Gewaltbeziehungen keineswegs so egalitär verteilt sind, wie dies der Begriff "jedermann" bei Popitz (ebd.) suggeriert. Vielmehr werden Menschen entlang spezifischer gesellschaftlicher Machtbeziehungen in den als dichotom gesetzten Kategorien Verletzungsmacht und Verletzbarkeit verortet (Bereswill 2011, 201). Die Position eines Subjektes innerhalb von Gewaltbeziehungen wird insbesondere durch die Kategorie Geschlecht organisiert: Auf der einen Seite wird die verletzbare Frau* konstruiert und auf der anderen Seite das als unverletzbar und autonom geltende männliche Individuum (Code 2009, 331). In der symbolischen Ordnung von Gewalt ist Verletzbarkeit deutlich weiblich konnotiert und Verletzungsmacht männlich (Bereswill 2007, 101).

Das Militär ist einer der wichtigen gesellschaftlichen Räume, in denen diese dichotome Organisierung von Gewalt geschlechtsbezogen ins Subjekt eingelassen wird (Sasson-Levy 2008, 297). Von Militärangehörigen erwartete Eigenschaften wie Stärke, Aggressivität und Gewaltbereitschaft werden mit Männlichkeit assoziiert, und die Figur des Soldaten wurde historisch als exklusiv männlich imaginiert (Dittmer 2009, 119).2

Aktuell sind Diskurse und Praktiken der Verknüpfung von Militär und Geschlecht einem Wandlungsprozess unterworfen: Zunehmend werden Frauen* in alle Bereiche der Streitkräfte integriert, auch in Kampfeinheiten (Sjoberg/Via 2010, 238). Doch dies bedeutet nicht zwangsläufig das Verschwinden der vergeschlechtlichten Auf-

,Wahre' türkische Männlichkeit - Die (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit und traditionellen Geschlechterrollen durch das türkische Militär

SABRINA AHMED HÜRCAN ASLLAKSOY

"According to the procedures, you might be supposed to see this case as disease, but I'm aware of the fact that I'm not ill" (Altay 2012). Dies war die Antwort von Erkan Altay auf die Frage der militärischen Ärzt innen im Istanbuler Militärkrankenhaus. ob er Homosexualität für eine Krankheit halte. Der freie Journalist und Aktivist der LGBTI-Organisation Kaos GL hatte sich um eine Befreiung von der Wehrpflicht aufgrund seiner Homosexualität beworben. Trotz seiner eigenen Aussagen, homosexuell zu sein, waren die Militärärzt innen nicht von seiner Homosexualität überzeugt. Er wurde als "neurotisch, geeignet für den Militärdienst, nicht geeignet als Kommando" eingestuft (Zaman 2012). Altays Erlebnis ist kein Einzelfall in der Türkei. LGBTI-Gruppen fordern seit mehreren Jahren, dass die eigene Aussage, homosexuell zu sein, für Bewerber¹ ausreichen sollte, um einen sogenannten "Rotten Report" (çürük raporu) zur Befreiung von der Wehrpflicht zu erhalten.²

Das türkische Militär stuft Homosexualität als "psychosexuelle Störung" ein, die nach Ansicht des Militärs den Zusammenhalt innerhalb der Streitkräfte bedroht (Biricik 2011, 92; Basaran 2014, 574). Aus diesem Grund können männliche Homosexuelle durch die Bewerbung um einen Rotten Report vom Wehrdienst ausgeschlossen werden (Basaran 2014, 562; Biricik 2011, 95). Allerdings sind die Kriterien, um als homosexuell und damit untauglich für den Militärdienst eingestuft zu werden, extrem streng, und die Bewerber müssen sich meist erniedrigenden Untersuchungen unterziehen.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie das türkische Militär durch die Prozedur der Rotten Reports hegemoniale Männlichkeit (Connell 1995) (re)produziert und dadurch zur Verstärkung und Aufrechthaltung traditioneller Geschlechterstereotype beiträgt. Hierfür werden die Theorien der militärischen Sozialisation von Thomas Kliche (2004), der hegemonialen Männlichkeit von Raewyn W. Connell (1995) und der Gender-Performativität von Judith Butler (1999) verknüpft. Zahlreiche Arbeiten zu zivil-militärischen Beziehungen haben sich bereits mit militärischer Sozialisation und deren Auswirkungen auf Genderstereotypen und Rollenbilder in Gesellschaften beschäftigt (Kronsell/Svedberg 2011; Ahrens/Apelt/Bender 2005). Doch bisher wurden Analysen des Umganges mit homosexuellen Männern im Militär und der (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit häufig im US-amerikanischen Kontext durchgeführt. Dabei ist der offizielle Ausschluss Homosexueller aus der Wehrpflicht, wie es im türkischen Militär stattfindet, außerordentlich und einzigartig, wie hier gezeigt werden wird.

Im Folgenden wird zunächst beleuchtet, was unter traditionellen Geschlechterrollen und dem Männlichkeitsbild in der Türkei verstanden wird. Daraufhin wird erst auf männliche Homosexualität³ in der Türkei, dann spezifisch auf jene im türkischen Militär eingegangen. Zu diesem Zweck werden die Prozedur der sogenannten Rotten Reports und die Kriterien für die Einstufung als homosexuell analysiert. Schlussfolgernd wird näher betrachtet, wie das türkische Militär Homosexualität als "Gefahr" postuliert und die Mechanismen der Konstruktion tradierter "Männlichkeit" gesellschaftlich (re-)konstruiert. Auf der Grundlage einer Literaturanalyse von deutschen, englischen und türkischen Primär- und Sekundärquellen, darunter wissenschaftliche Texte, die auf Interviews mit Betroffenen basieren, Befragungen, Artikeln und Blogs von türkischen LGBTI-Organisationen, wird die Frage empirisch beantwortet. Die Analyse beschränkt sich vorwiegend auf den Zeitraum von 2010 bis 2017, da das Thema Homosexualität im türkischen Militär vor allem in dieser Periode stark öffentlich debattiert wurde und zu dieser Zeit die Methode der Rotten Reports erstmals öffentlich wurden.

Theoretische Überlegungen: Militärische Sozialisation, hegemoniale Männlichkeit und Gender-Performativität

Einige Vertreter innen der Soziologie sehen einen unüberwindbaren Graben zwischen militärischer Ethik und gesellschaftlich anerkannten Normen (Apelt 2006, 26; Kliche 2004, 344). Das Militär bereitet Soldat innen auf den Krieg vor, also auf die Bereitschaft und Fähigkeit, andere Menschen zu verletzen oder zu töten. Somit stehen die aus dieser Logik heraus entwickelten Normen und Werte des Militärs in einem Spannungsfeld zu den gesellschaftlich sonst anerkannten Normen (Apelt 2006, 26). Kliche (2004, 344) beschreibt das Militär als "professionelle, gewalttätige Bürokratie mit Sondermoral", welche mit den demokratischen und egalitären Grundwerten bricht. Da die Soldat innen psychosozial auf den Krieg vorbereitet werden müssen, erlernen sie durch die militärische Sozialisation unterschiedliche Kompetenzen. Militärische Sozialisation bedeutet die Prägung von Emotions-, Denk- und Verhaltensmustern durch Ausbildung und Organisation im Militär, um die militärische Sondermoral zu verinnerlichen und umzusetzen (Kliche, 344ff.). Dies geschieht u.a. durch "Tribalisierung" und die Schaffung eines "konventionelle(n) männlichen Gender-Stereotyps" (ebd., 346ff.).

Durch die Tribalisierung, d.h. die "Formierung kleiner künstlicher Stämme" (Kliche 2004, 347) verstärkt die militärische Sozialisation die Gruppenkohäsion, die als tragend für die Kampfmoral gilt. Die Tribalisierung wird durch die exklusive Auswahl soziokulturell passender Mitglieder unterstützt (ebd., 347f.). Das Militär konstruiert zudem ein konventionelles, männliches Gender-Stereotyp, das auf gewaltsamem Konfliktverhalten, konkurrenzorientierter Durchsetzung durch Stärke, Streben nach Machtgewinn und emotionaler Distanz basiert. Dies dient der Abwehr vermeintlich ,weiblicher Eigenschaften, wie Einfühlungsvermögen und kommunikative Verständigung, die "unbewusst als formlos und chaotisch, als Einbruch latenter Homosexualität und Identitätsbedrohung gefürchtet werden" (ebd., 349f.).

FORUM

Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten

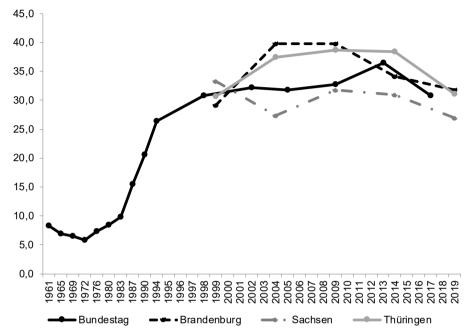
INA BIFBFR

Die Entwicklungen waren positiv. Ob international, national, kommunal oder auf Ebene der Länder: Seit den 1980er Jahren hat sich der Frauenanteil in den Parlamenten erhöht (Inter-Parliamentary Union 2019). Dieser positive Trend erlebt in den letzten Jahren in Deutschland eine Kehrtwende. Bei der Bundestagswahl 2017 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 stellte die Presse erschreckt fest, dass die Parlamente "männlicher" werden (DPA 2017a). Die Ursachensuche begann: Die CDU in Thüringen würde die Frauen marginalisieren (DPA 2017b), die Parteien würden ihren Kandidatinnen weniger zutrauen (Meyer/Hassenkamp 2019), das Wahlsystem habe eine Mitschuld (Tomik 2017), die männerlastige AfD sei verantwortlich (DPA 2019) und der Osten sei ohnehin ganz anders als der Westen (Schaefer 2019). Und in der Tat kann empirisch festgestellt werden, dass die Frauenanteile sowohl im Bundestag als auch in besagten Landtagen in jüngster Zeit gesunken sind (Abbildung 1). Im Bundestag sank die Rate um 5,7 Prozentpunkte auf derzeit 31,2% (Deutscher Bundestag 2020). Verglichen mit Brandenburg und Sachsen verzeichnet Thüringen, einst das Land mit dem höchsten Frauenanteil, einen besonders drastischen Verlust um 7,4 Prozentpunkte.

Aber die Verläufe über die Zeit in Abbildung 1 zeigen auch deutliche Unterschiede. Im Fall des Bundestags kann durchaus von einer Kehrtwende des Trends nach der Wahl 2017 gesprochen werden, da er zuvor von 1972 bis 2013 tendenziell steigende Frauenanteile aufwies. In den drei Landtagen zeigt sich jedoch ein anderes Bild: In Thüringen und Brandenburg war bei der Wahl 2004 ein Sprung nach oben zu beobachten (Thüringen: 37,5%; Brandenburg: 39,8%), während in Sachsen im gleichen Jahr deutlich weniger Frauen in den Landtag gewählt wurden (27,4%). Entgegen den Medienberichten sanken die Raten bereits vor den AfD-Erfolgen.

Diese empirischen Befunde legen nahe, dass die Entwicklung der Anteile weiblicher Parlamentarier in den Landtagen keinesfalls allgemeingültig oder monokausal betrachtet werden sollte. Vielmehr ist eine differenzierte Analyse der Wirkungsmechanismen verschiedener Faktoren und deren Kombination angemessen. Nachfolgender Artikel stellt sich dieser Aufgabe, indem die Repräsentation von Frauen und Männer bei den Landtagswahlen unter besonderer Fokussierung der Entwicklung im Osten betrachtet wird. Dabei wird auf die beiden gängigsten Erklärungsfaktoren - Parteiideologie und Wahlsystem - zurückgegriffen. Diese werden nachfolgend vorgestellt und ihr kombiniertes Wirkungspotenzial erläutert. Darauf aufbauend wird das Forschungsdesign und die Datengrundlage vorgestellt, bevor dann die empirische Analyse erfolgt. Ein Fazit rundet den Artikel ab.

Abbildung 1: Entwicklung des Frauenanteils im deutschen Bundestag und in den Landtagen Brandenburg, Sachsen und Thüringen (in %)



Datenquelle: Bieber 2013; Eder und Fortin-Rittberger 2015; Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten).

Parteiideologie und Wahlsystem

In der empirischen Repräsentationsforschung haben sich zwei Ansätze zur Erklärung von Geschlechterunterschieden in der Repräsentation etabliert (Fortin-Rittberger/ Rittberger 2014; Schwindt-Bayer/Squire 2014; Thames 2017): (1) Die ideologische Ausrichtung der Parteien und (2) wahlsystematische Mechanismen. Sie liefern einzeln und in Kombination eine geeignete theoretische Basis bei der Suche nach Ursachen der beschriebenen Entwicklung.

Bezüglich der ideologischen Parteiausrichtung konnte beobachtet werden, dass die Repräsentationschancen von Frauen in Parteien des linken Spektrums deutlich höher sind als in Parteien des rechten Spektrums (Luhiste 2015; Siaroff 2000). Dies kann nicht nur international (Caul 1999), sondern auch in der longitudinalen Perspektive für Deutschland beobachtet werden (Bieber 2013) und ist auf die ideologischen

Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern

ANNETTE HENNINGER

Nachdem die AfD in die Parlamente eingezogen war, lancierte ihre Fraktion eine Flut von Kleinen Anfragen mit dem Ziel, Gender Studies, Gleichstellungspolitik und Initiativen zur Entnormierung und Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse zu delegitimieren. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sind Gleichstellungspolitiker*innen, feministische und queere Aktivist*innen, Pädagog*innen und Wissenschaftler*innen unmittelbar mit dem Thema Antifeminismus konfrontiert. Zwei kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte an der Universität Marburg analysieren die antifeministische Diskursproduktion und ihre Effekte in verschiedenen Praxisfeldern. Über die Ergebnisse des Projekts "Genderismus' in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016"¹ wurde in der Femina Politica bereits berichtet (Henninger 2019). Hier konzentriere ich mich auf empirische Befunde sowie politisch-praktische Schlussfolgerungen in Bezug auf Interventionsmöglichkeiten aus dem interdisziplinären Projekt "REVERSE – Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial"², in dem wir fünf Fallstudien zu Antifeminismus in der Wissenschaft, zu Diskursen über Mutterschaft, zu den Effekten der diskursiven Ethnisierung von Sexismus in Orientierungskursen für neu Zugewanderte, zu den Auswirkungen der Debatte über "Frühsexualisierung" in der Sexualpädagogik sowie zu antifeministischen Mobilisierungsversuchen gegen die "Ehe für alle" durchgeführt haben.³

Als übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass in keiner der Fallstudien direkte Effekte antifeministischer Mobilisierungen auf das untersuchte Feld selbst beobachtet werden konnten. Allerdings wurden dort in Abhängigkeit von den feldspezifischen Problem- und Konfliktkonstellationen teilweise durchaus Fragmente antifeministischer Diskurse virulent, und die Genderkritiker*innen aus der Wissenschaft wirkten mit ihren Positionen in antifeministische Diskurse außerhalb der Wissenschaft hinein. Dies wird im Folgenden herausgearbeitet, wobei der Fokus auf Handlungsmöglichkeiten für emanzipatorische Gegenstrategien liegt.

Schwerpunkt der kulturwissenschaftlichen Fallstudie zu Antifeminismus in der Wissenschaft (Bearbeitung: Marion Näser-Lather) war eine Diskurs- und Rezeptionsanalyse der Publikationen von zehn akademischen Gender-Kritiker*innen. Diese sind in ihren Disziplinen teilweise recht profiliert, allerdings nicht in der Geschlechterforschung ausgewiesen. Sie nutzen jedoch ihre wissenschaftliche Autorität, um in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Expertise über "Gender" zu reklamieren und ihren antifeministischen Argumenten einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben – trotz teilweise eklatanter Verstöße gegen wissenschaftliche Standards. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) [Hq.]. 2018: Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin. Internet: www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus als demokratiegefaehrdung.pdf (09.01.20).

BT-Drucksache 19/8220, 2019: Antwort der Bundesregierung vom 27.03.2019 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: "Genderkritik und die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft durch Misandrie", 13.03.2019. Internet: http://dipbt.bundestaq.de/doc/btd/19/087/1908788.pdf [08.01.2020].

Diskursatlas Antifeminismus, o.J. Internet: www.diskursatlas.de/index.php?title=Hauptseite [10 02 20]

Henninger, Annette, 2019: Antifeminismus in Deutschland: Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern. In: Femina Politica 28 (1), 139-141.

Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hq.), 2020 (i.E.): Antifeminismen. ,Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript.

Kelle, Birgit, 2017: Hört auf, uns Mütter "befreien" zu wollen! In: welt.de, 13.07.2017. Internet: www.welt.de/debatte/kommentare/article166632672/Hoert-auf-uns-Muetter-befreien-zu-wollen.html (08.01.20).

Klemm, Sarah/Wittenzellner, Ulla/Knepper, Lena, o.J.: Dieses Genderdings! Wörterbuch. Berlin: Dissens-Institut für Bildung und Forschung e.V.. Internet: https://somi.dissens.de/fileadmin/ social_media_interventions/SoMI_Wörterbuch.pdf (10.02.20).

Marx, Daniela/Kotlenga, Sandra, 2017: Übliche Widerstände oder neue Infragestellungen? Gleichstellungsfeindlichkeit und Angriffe auf Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in Niedersachsen. Bericht zum Projekt "Antifeminismus an Hochschulen in Niedersachsen" (unter Mitarbeit von Birte Driesner und Doris Hayn). Georg-August-Universität Göttingen: Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulbeauftragter, Internet: https://www.nds-lagen.de/download/ Berichte/Abschlussbericht LNHF-Projekt Antifem final Sept 2018.pdf (09.01.20).

Schutzbach, Franziska, 2017: "Gender Raus!" Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Internet: https://www.gwi-boell.de/de/2017/07/04/gender-raus-12-richtigstellungen-zu-antifeminismus-und-gender-kritik (09.01.20).

Frauen auf der Überholspur? Kolonialität der Staatsbürgerschaft und verkörperte soziale Mobilität¹

JULIA ROTH. MANUELA BOATCĂ

Die gegenwärtige Kluft zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene macht die Welt ungleicher als je zuvor (Reid-Henry 2015). Gleichzeitig ist der Reichtum stark geschlechtsspezifisch verteilt. Unter zehn Milliardär*innen weltweit ist nur eine Frau, und nur 1,4% darunter sind Milliardärinnen der ersten Generation, also keine Erbinnen (Wang 2018; Pendleton/Cannon 2018). Im Gegensatz dazu besitzen Frauen weniger als zwei Prozent Land weltweit, stellen die Mehrheit der ärmsten Menschen

der Welt dar und leisten jährlich zehn Billionen Dollar an unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit (Oxfam 2018). An beiden Enden der Weltvermögens- und Einkommensverteilung erklären die geschlechtsspezifischen Unterschiede einen großen Teil der derzeit zunehmenden globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten.

Da die Unterschiede bei den Durchschnittseinkommen zwischen den Ländern zusammen mit der globalen Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden, ist Migration zu einer der wirksamsten Strategien der Aufwärtsmobilität geworden (Korzeniewicz/Moran 2009; Milanovic 2016; Shachar 2009; Reid-Smith 2015). Der Zugang zum Territorium und zu den Ressourcen eines Landes, das relativ bessergestellt ist als das Geburts- oder Wohnsitzland, bringt den Menschen in den meisten Teilen der Welt unmittelbare wirtschaftliche Vorteile. Branko Milanovic (2016) hat den Begriff "Staatsbürgerschaftsprämie" geprägt, um zu erklären, dass die Geburt in einem reichen Land eine Besserstellung bezüglich der Einkommensverteilung gegenüber jemandem bedeutet, der in einem sehr armen Land geboren wurde. Je nachdem, wo sie sich befinden und wohin sie einwandern können, können die Bürger*innen armer Länder also ihr Realeinkommen verdoppeln, verdreifachen oder mehr als verzehnfachen, wenn sie in ein reiches Land ziehen (ebd.).

Doch der Zugang zur internationalen Migration in ein reicheres Land ist ungleich verteilt. Auch die individuellen Möglichkeiten, Ungleichheit und Armut zu bekämpfen, sind geschlechtsspezifisch verschieden. Das Wissen um mögliche Reiserouten und bessere wirtschaftliche Aussichten, die Transportkosten (ob legal oder unautorisiert) und die Reisekosten erfordern erhebliche physische Mobilität sowie materielle und immaterielle Ressourcen. Solche Ressourcen stehen vor allem Mitgliedern der Mittel- und Oberschicht, Gebildeten und denjenigen zu, die nicht rassistisch markiert werden sowie Männern, die alleine reisen können. Als nicht-westlich rassisierte Frauen (insbesondere in Begleitung von Kindern) und andere marginalisierte Personen mit non-konformer Gender-Performance sind gegenwärtig aufgrund fortbestehender kolonialer und Genderhierarchien immer noch die am stärksten gefährdeten Migrierenden. Wir sprechen deshalb von der anhaltenden Kolonialität der Staatsbürgerschaft.

Im Folgenden argumentieren wir daher, dass, im Gegensatz zu überwiegend männlichen wohlhabenden Investoren, die ihre globale Mobilität erkaufen können, Frauen und feminisierte Andere, insbesondere LGBTIQ und rassisierte Personen, ihre vergeschlechtlichten Körper in langwierigen Arrangements zum Tausch anbieten müssen, um so schließlich Aufwärtsmobilität durch eine Aufenthaltserlaubnis oder die Staatsbürgerschaft eines wohlhabenden Landes zu erlangen. Der durch das ökonomische Kapital vermittelte Zugang von Frauen und feminisierten Anderen zu sozialer Mobilität ist also sowohl mit prekäreren Mitteln (dem eigenen Körper), als auch mit prekäreren Ergebnissen als bei Männern und unmarkierten Personen verbunden. Wir argumentieren, dass die wirtschaftliche Macht von Frauen teilweise als Widerstand funktioniert, sie also der Kolonialität der Macht entgegenwirkt, die sie systematisch in prekärere Positionen in der globalen Mobilitätsstruktur verbannt hat. Wang, Jennifer, 2018: The Richest Women in the World 2018, Forbes, 06.03.2018, Internet: www. forbes.com/sites/jenniferwang/2018/03/06/richest-women/#12d3d55881f1 (16.02.2020)

Filme

Heading South (Frankreich/Kanada 2006, Regie: Laurent Cantet), https://www.imdb.com/title/ tt0381690/?ref = nv sr srsq 0

Paradies: Liebe (Österreich 2012, Regie: Ulrich Seidel), https://www.imdb.com/title/ tt1403214/?ref = nv sr srsq 0

Sand Dollars (Dominikanische Republik 2015, Regie: Laura Amelia Guzmán, Israel Cárdenas), https://www.imdb.com/title/tt3958098/?ref =fn al tt 1

Den "König Sex" vom Thron stoßen? Das widerständige Potenzial einer gueer-affektiven Subjektivierung¹

VERENA KETTNER

Dieser Artikel beschäftigt sich aus einer queerfeministischen und affekttheoretischen Perspektive mit den Möglichkeiten, die queere Affekte für eine widerständige queere Subjektivierung haben können. Das Ziel der Analyse dieser "queeren Affekte" ist es, erkennbar zu machen, wie die Implikationen von Emotionen² wie Wut und Trauer, aber auch Glück und Hoffnung in Vorstellungen, Diskurse und Handlungen rund um queeres Leben eingeschrieben sind. Wie beeinflussen sie, wie queere Subjekte ihre vergeschlechtlichten, sexualisierten und verkörperten Identitäten entwerfen? Welche Handlungsmacht erlangen queere Subjekte dadurch in neoliberalen, heteronormativen Gesellschaften - oder nicht? Im folgenden Artikel werde ich diese queere Untersuchung von Affekten und ihren Implikationen am Beispiel des AIDS-Aktivismus in den 1980er-Jahren kurz darstellen, da dieser auf Wut und Trauer basiert und den Zusammenhang zu queeren Diskursen besonders deutlich sichtbar macht. Ich werde dabei umreißen, welches widerständige Potenzial für individuelle und kollektive Subjektivierungsformen und für Grenzverschiebungen des neoliberalen, heteronormativen Sexualitätsdispositivs sichtbar wird.

Was ist der "König Sex"?

Zu Beginn nun eine berechtigte Frage: Was ist der "König Sex" (Foucault 2003(1977), 336) und von welchem Thron soll er gestoßen werden? Wenn Michel Foucault vom "König Sex" (ebd.) spricht, bezeichnet er damit das Sexualitätsdispositiv, welches er in westlichen, modernen³ Gesellschaften verortet. Im modernen Sexualitätsdispositiv werden Individuen durch verschiedene Machtmechanismen dazu angehalten, ihre Sexualität möglichst offen darzulegen und dadurch regierbar zu werden, da sich mit dem Wissen über die verschiedenen Sexualitäten diese in Richtungen lenken lassen, die der gesellschaftlichen Ökonomie nützen. Es zeichnet sich laut Foucault insbesondere dadurch aus, dass Sex in westlichen Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert nicht, wie in der viel verbreiteten Repressionshypothese angenommen, unterdrückt wird, sondern dass seither mehr und neue Diskurse um Sex produziert wurden und werden, die ihn ökonomisch verwertbar machen. Diese Diskurse verbinden das Sprechen der Individuen über das eigene sexuelle Begehren mit dem Erlangen von Glückseligkeit. Denn damit Ökonomien Individuen mithilfe ihres Begehrens und ihrer Körper regieren können, muss dieses Begehren auch erkennbar gemacht werden. Dafür braucht es in neoliberalen Gesellschaften veränderbare und vielseitige Machtmechanismen wie zum Beispiel Messungen, Statistiken und medizinisches Wissen, die - stets erneuerbare - Normalbereiche für sexuelles Begehren schaffen können, Gesetze und materielle Konsequenzen durchdringen, Anreize zur Normalisierung bieten und Instrumente zur Kategorisierung von Wahrnehmungen und Empfindungen entwerfen (Foucault 2013(1976)). Den "König Sex" (Foucault 2003(1977), 336) vom Thron zu stoßen, die Grenzen des Sexualitätsdispositivs also zu verschieben, bedeutet somit auch Möglichkeiten der Selbstwerdung zu finden, die sich der Regierung des Selbst durch neoliberale und heteronormative Machtdynamiken entziehen und andere Verständnisse von Subjekt-Sein und Handlungsmacht denkbar machen.

Radikale Queerness und Risse im liberalen Subjekt

Unter radikaler Queerness verstehe ich, wenn Queerness von Subjekten als ein politisches Konzept gelebt wird, das bewusst heteronormative Machtverhältnisse hinterfragt und durchquert. Queer zu sein im Sinne einer sexuellen Orientierung bedeutet somit nicht immer, radikale Gesellschaftskritik zu üben, aber in dieser Auffassung von Queerness steckt die Möglichkeit für Subjekte, das über den Ansatzpunkt der Sexualität zu tun.

Warum ich insbesondere queere Subjekte als mögliche Widerstandsträger innen gegen eine neoliberale, heteronormative Subjektivierung identifiziere, liegt an zwei Ausprägungen dieses Verständnisses von Queerness. Erstens lese ich mit Judith Butler queere Subjekte als jene Subjekte, die "Risse im Gewebe unseres epistemologischen Netzes" produzieren können, sich also an den Grenzen der Heteronormativität aufhalten und die Erkenntnisproduktion und Wahrheitsansprüche im Sexualitätsdispositiv aufbrechen können (Butler 2002, 253). Zusätzlich sehe ich Queerness in ihrer historischen Entwicklung als eine radikale Gesellschaftskritik, was unter anderem die Umdeutung des ursprünglichen Schimpfwortes queer in eine affirmative Selbstzuschreibung zeigt. Beide Lesarten beruhen darauf, dass Queerness hier ein politisches und analytisches Konzept darstellt, das Potenzial für radikale Gesellschaftskritik im Sinne von Aktivismus und alternativer Wissensproduktion

TAGESPOI ITIK

Nachruf auf Dr. Josch Hoenes (1972-2019)

AUTOR*INNENKOLLEKTIV

Josch Hoenes war einer der bedeutendsten Wegbereiter und Ausgestalter der Transgender Studies im deutschsprachigen Raum, einem jungen, interdisziplinären Forschungsfeld, das Menschen mit ungewöhnlichen Verkörperungen von Geschlecht in ihren komplexen gesellschaftlichen Verflechtungen zur Sprache kommen lässt, anstatt sie zu objektivieren und zu pathologisieren. Als Forschungsfeld zeigen sie auf, wie Annahmen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit in Diskursen, Normen, Regulierungen und Alltagspraktiken die Lebenschancen unkonventionell vergeschlechtlichter Menschen mitstrukturieren und einschränken. Die Transgender Studies tragen mit ihrer Wissensproduktion zu einem Gegenwissen bei, das sexuelle, geschlechtliche, idealerweise menschliche Vielfalt respektiert. Josch Hoenes trug mit seinem wissenschaftspolitischen Engagement maßgeblich zur Sichtbarkeit des Feldes bei und trieb mit seinem aktivistischen Wirken gesellschaftlichen Wandel im Sinne einer Anerkennung von vielfältigen Geschlechtern voran.

Mit seiner Forschung prägte Josch Hoenes insbesondere den kunst- und kulturwissenschaftlichen Bereich dieses im deutschsprachigen Raum noch nicht und auch international kaum institutionalisierten Forschungsfeldes in unvergleichbarer Weise. Hierbei analysierte Josch insbesondere visuelle Politiken und untersuchte das Potenzial kulturell-künstlerischer Artefakte, um trans* Personen¹ denk- und lebbar werden zu lassen. Dieser Frage ging er in seiner Dissertation zu Transmännlichkeiten im Bild (Hoenes 2014) wie auch in seinem Habilitationsprojekt zur Bilderpolitik in der Geschlechtskunde des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld (Hoenes 2017, 2019) nach. Des Weiteren intervenierte Josch kritisch in Gedankenexperimente zu Trans* im New Materialism, welche die vielfältigen Materialisierungen von trans* Körpern unsichtbar machen und in unzulässiger Weise von Diskursen abstrahieren, die die Lebenswelten von transgeschlechtlichen Menschen mitgestalten. Diesem Konzept setzte Josch die Auffassung von trans* Körperlichkeit als reale, gefühlte und lebbare Materialität entgegen und forderte dazu auf, trans*- und behindertenfeindliche Vorstellungen des unversehrten, "vollständigen" Körpers zu problematisieren (Hoenes 2018a).²

Josch Hoenes verfolgte mit seiner Forschung und seinem Aktivismus das Ziel, die Einhaltung der Menschenrechte sowie weitere Anliegen trans- und intergeschlechtlicher Menschen zu befördern. Exemplarisch hierfür ist seine Mitwirkung an der jüngst erschienenen Follow Up-Studie zur Häufigkeit normangleichender Operati-

In the Line of Fire: Sex(uality) and Gender Ideology in Brazil

NICOLAS WASSER. ISADORA LINS FRANCA

The so-called gender ideology was a decisive tool for Jair Bolsonaro and his followers during the Brazilian presidential elections in 2018. By mobilizing gender and sexuality as a moral discourse to dispute power in the country, enemies could be both efficiently crafted and violently attacked in the name of the nation, of Christianity and of traditional values such as the heterosexual nuclear family. By now, Brazil's far right government has completed its first year in office. Its aggressive gender and sexuality politics, however, still resemble the election campaign. The president exhibits a (mostly intended) bumbling management of ecological disasters, unemployment, increased armed violence, and the deep crisis of public and social institutions. Similarly, Damares Alves, evangelical pastor and head of the Ministry of Women, Family, and Human Rights, opts for ideological rhetoric and conservative politics instead of progressive strategies for the protection and empowerment of women, LGBT and other discriminated or historically disadvantaged groups. Alves became known soon after the inauguration of the new government, when she declared in a video that "the new age has begun, and now boys wear blue and girls wear pink" (Alves 2019). Out of a yearning for an ostensibly lost traditional gender order, Alves not only orchestrates both religious and secular voices that criminalize abortion – an illegal practice in Brazil as in most Latin American countries. Also, her Ministry supports national psychological associations that defend the 'cure' of LGBT people and advocate for sexual abstinence in order to prevent undesired pregnancy and sexual transmitted infections among teenagers.

Since the beginning of the Bolsonaro government, Brazil has witnessed the dismantling of administrative structures aimed at promoting public policies for LG-BTs and women, amidst a paternalistic state authoritarian discourse that defends and promotes a rather narrow view of the family. It follows the implementation of austerity and neoliberal politics, where universal services are seen as prejudicial to public accounts, transferring to families - and women - the obligation to do care work. These destructive policies accompany governmental statements of evident symbolic weight that postulate the non-recognition of LGBT as subjects of rights. They attack defenders of gender equality precisely in the fields aimed at confronting violence against women and LGBT and the promotion of the rights and autonomy of these populations. The field of culture has become a prominent target, since federal and state powers started to intervene in the circulation of movies and books with content that touch LGBT issues. Furthermore, education has turned into a similarly attacked field (Facchini/Rodrigues 2018), because schools and universities are suspected to be the production sites of gender ideology and communism

Wer putzt die Stadt? Ein Streik von Putzkräften in Marseille

ANNA STEENBLOCK

Wir haben geredet und geredet, aber irgendwann war es vorbei mit Reden, wir mussten aktiv werden. Wir sind keine Sklavinnen mehr, das ist vorbei. Nur weil wir Schwarze Frauen* sind und im Hotel arbeiten, können sie uns noch lange nicht verarschen. Ein Minimum an Respekt bitte!

(Primitivi 2019, Übers. AS)

Mehrmonatige Streiks im Reinigungsgewerbe haben sich in Frankreich seit den 2000er-Jahren gehäuft. Wenngleich ein Großteil der Streiks im Großraum Paris stattfand, traten auch in Marseille 2019 erstmalig elf Reinigungskräfte eines Hotels fast sechs Monate in einen Streik, der weit über die Stadt hinaus Wellen schlug. Der Streik in Marseille gibt nicht nur Aufschluss über einen beeindruckenden Arbeitskampf im Bereich sozialer Reproduktion, wie er in Deutschland trotz ähnlicher Arbeitsbedingungen nicht vorzufinden ist, sondern auch über die neoliberale Herstellung einer "sauberen" Stadt und die darin wirkenden Herrschaftsverhältnisse. Bevor ich darauf eingehe, werde ich zunächst einen Überblick über den Verlauf des Streiks geben. Im Anschluss diskutiere ich mit Françoise Vergès den postkolonialen Charakter, der durch die Streiks in der Reinigungsbranche sichtbar wird, wie dieser mit einer Dialektik von Dreck und Sauberkeit zusammenhängt und die Gentrifizierung der Stadt prägt.

167 Tage im Streik

Über 167 Tage waren elf Frauen* des 4-Sterne-Hotels NH Collection in der Marseiller Innenstadt zwischen April und September 2019 in den Streik getreten. Täglich kamen sie vor dem Hotel zu ihrem Streikposten zusammen, um ihren Forderungen mit Lärm, Eierwürfen und der Blockade des Eingangs Nachdruck zu verleihen. Sie forderten von ihrem Arbeitgeber Elior Services, einem multinationalen Subunternehmen im Bereich Restauration und Gebäudereinigung, u.a. die Auszahlung aller geleisteten Stunden, eine höhere Lohneinstufung, Zuschläge für Feiertage sowie planbare Arbeitszeiten. Die Streikenden und die anarchosyndikalistische Gewerkschaft Confédération nationale des travailleurs-Solidarité ouvrière (CNT-SO) hatten sich auf einen kurzen Arbeitskampf mit hohen Erfolgschancen eingestellt, ähnlich wie bei vorherigen Streiks in der Stadt. Das Unternehmen Elior Services antwortete jedoch mit massiver Repression und erkannte die CNT-SO nicht als Verhandlungspartnerin an. Trotz strategischer Kreativität, starker Unterstützung aus der Bevölkerung und Zivilgesellschaft, großer Öffentlichkeit, die sogar die Regie-

Literatur

AncrAges, o.J.: Du bidonville à la Cité: Habitat ouvrier et immigré à Marseille. Internet: https:// ancrages.org/dossiers-ressources/du-bidonville-a-la-cite/(23.1.2020).

Bonduel, Ludovic, 2019: Gentrification Policies and Urban Protests in Marseille. Internet: https://labqov.city/theurbanmedialab/gentrification-policies-and-urban-protests-in-marseille/ [27.2.2020]

Buckel, Sonja, 2015: Dirty Capitalism. In: Martin, Dirk/Martin, Susanne/Wissel, Jens (Hq.): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie. Münster, 29-48.

CNT-SO 13, 2019: Suspension de la grève au NH Collection Marseille. Internet: http://www.cnt-so. org/IMG/pdf/communique-nhcollection 23sept.pdf (15.1.2020).

Ega, Françoise, 1978 (2000): Lettres à une noire. Récit antillais. Paris.

Federici, Silvia, 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation Wien

France Culture, 2019: Françoise Vergès: "La France s'est construite sur son image d'empire colonial". Internet: https://www.youtube.com/watch?v=26bOApXSlp4 (27.2.2020).

Palmiste, Claire, 2012: Génocide par substitution: usages et cadre théorique. In: Angleviel, Frédéric (Hg.): Les Outre-mers français: acutalités et études. Vol. 1. Paris. Internet: hal-01771854 [27.2.2020].

Primitivi, 2019: Quand les femmes de chambre se rebiffent. Internet: https://vimeo.com/336158677 [15.1.2020].

Steenblock, Anna, 2019: "Vorbei mit der Sklaverei!" Internet: https://revoltmag.org/articles/vorbei-mit-der-sklaverei/(27.2.2020).

Vergès, Françoise, 2019a: Un féminisme décolonial, Paris.

Vergès, Françoise, 2019b: Capitalocene, Waste, Race, and Gender. In: e-flux journal #100. Internet: www.e-flux.com/journal/100/269165/capitalocene-waste-race-and-gender/ (15.1.2020).

Zwischenraum Kollektiv (Hg.), 2017: Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven. Münster.

Sudanese Women Leading Revolution: Impact on **Transformation**

BALGHIS BADRI

On 19th of December 2018 a revolution started throughout Sudan. It lasted for eight months until July 2019 and ended the 30 years of dictatorship of President Omar al-Bashir. Both, the hope for a better future within Sudan and a critique of the corrupt government that misused Sudanese wealth – e.g. important resources such as petrol or gold, the fact that 80% of the gum Arabic is produced in Sudan or the fertility of the land for agriculture – were main reasons for almost all in Sudan to aspire for change. In this revolution, Sudanese women played an important role. Moreover,

their participation and engagement have substantially contributed to changes after the end of the revolution and the establishment of the transitional democratic government

Women's Roles in the Sudanese Revolution

Sudanese women participated in and shaped the revolution in various ways. These women were of different age, classes, regions and ethnicities. They have shown courage in participating in and leading the peaceful revolution. Several factors may offer an explanation why women have played a prominent role within the revolution: Women had lived in displaced camps for years. They had to experience that armed rebellions did not produce regime change that would improve their living standards. They had also faced restrictions to human security and freedom in their every-day lives, for example by being arrested or being fired from work due to their activism for rights and democracy.

Furthermore, many Sudanese women and men perceived themselves as second class citizens in their own country because only those Sudanese who belong to the ruling Islamist dictatorship regime were capable to lead a dignified life in Sudan, and they were a minority. The majority experienced different levels and types of discrimination, harassment and marginalization, which the political regime justified with references to religion. Before the revolution, women had already participated in the public: as workers in the informal sector, as university students in large numbers, as well as in the private sector, in political parties and civil society. Despite the restrictions imposed on political parties and civic associations, Sudanese people had not resigned themselves to the Islamist dictatorship.

Hence, it was no surprise that women were leading the demonstrations across Sudan and the sit-ins from 6th of April to 3rd of June 2019. The peaceful sit-ins took place in front of the Ministry of Defence headquarters and symbolized the request towards the military to both protect and align itself with the demonstration. The sit-ins were accompanied by daily marches where people demanded a transfer of power to civilians, the installation of a just judiciary system independent from the government, the end of corruption of the Islamist regime, transitional justice and retribution for the bloody war in Darfur. The protesters also called for justice and freedom and for freeing detainees, as well as for gender equality and empowering rural women, the protection from rape and sexual harassment of internally displaced women and women in war zone areas, and in general to respect the rights and diversity of Sudanese people. That was summarized in the revolution slogan "Freedom, Peace and Justice". In this revolution, women played a substantial role as speakers but also as guards at the entrances to ensure security during the sit-ins. Moreover, they were at the forefront as medical doctors and psychologists, providing support for those who faced violence during the demonstrations and to the families of those who had been

killed during the Islamist dictatorship. They also led women-specific demands dur-

Security Council Resolution 1325 (UNSCR 1325) by the ministerial council before March 2020. A draft law was submitted to the ministry of justice on the issue of Female Genital Mutilation (FGM). Furthermore, the female minister of youth and sports, Wala'a Essam al-Boushi, a former activist, agreed to a female soccer team that already started competitions.

Women's Activism and the Need to Continue Fighting for Change

Women's activists of all generations fought for legal reforms that led to the repeal of what is known as the public order law, a law that was previously tailored to subordinate and harass women. They are still demanding changes to other laws, especially the family law, and they support the new law to prohibit FGM. These claims were accepted by the FFC groups. The UN offices in Khartoum and the African Union are positive about the changes that happened in Sudan and sent high-level representatives to meet the Sudanese women's groups. The minister of justice, Nasreldin Abdelbari, a former human rights activist, promised to follow up on these demands. However, there is a risk that some groups – as for instance the Islamist fundamentalist groups who resisted any reforms - may stand against complete secular laws and system of governors once the parliament will be formed.

The revolution has led women activists to unite and to achieve the change they have been striving for for decades. Their activism needs to continue. Likewise, support from the Sudanese diaspora and the international community is needed to continue these struggles. The road to achieve the demands and hopes of the different women in Sudan is still long, but the will and determination to date are scaling up and not diminishing.

Ikone oder Hassbild? Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung

ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF

Im August 2018 begann die 16-jährige Greta Thunberg vor dem schwedischen Parlament mit einem Schild mit der Aufschrift "Skolstrejk för klimatet" (Schulstreik für das Klima) wöchentlich für Klimagerechtigkeit zu demonstrieren. Aus diesem Protest entstand eine globale Protestbewegung unter dem Schlagwort Fridays for Future (FFF), welche im September 2019 laut Organisator*innen 163 Länder und über vier Millionen Menschen erfasste. Am 20. September 2019 organisierten sich in Deutschland allein 1,4 Millionen Menschen in 557 Städten (Denkler 2019). In ihrem Ausmaß ist die FFF-Bewegung mit der 1968er-Bewegung oder der Occupy-

Bewegung zu vergleichen. Zentrales Ziel ist die Einhaltung des Pariser Abkommens im Rahmen der Klimaschutzkonferenz 2015. Die Beharrlichkeit dieser Jugendbewegung mit Parolen wie "Es ist fünf vor zwölf" hat eine breitere Diskussion über eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft ausgelöst. Auf dem Davoser World Economic Forum im Januar 2019 betonte Thunberg die Dramatik der momentanen Klimasituation mit dem Aufruf "I want you to panic" (Schneider 2019).1

Thunberg wurde zur Führungsfigur der FFF-Bewegung stilisiert (zu Führungsfiguren siehe Robnett 2013). Im Jahr 2019 reist sie durch Europa und die USA, sie spricht auf internationalem Parkett und ihr Handeln wird medial diskutiert. Das Engagement von Jugendlichen für Umweltkooo ist indes kein neues Phänomen: Bereits auf der ersten Klimakonferenz der Vereinten Nationen 1992 sprach die 12-jährige kanadische Umweltaktivistin Severn Cullis-Suzuki. Auch dass junge Menschen eine Bewegung tragen, ist keine Seltenheit. Dennoch werden Thunbergs Alter, ihr Auftreten und ihre Ansprachen als ungewöhnlich, beachtlich oder als kritikwürdig wahrgenommen. Von dem Fachmagazin Nature wurde Thunberg zu den zehn wichtigsten Menschen gekürt, welche im letzten Jahr eine entscheidende Rolle für die Wissenschaft spielten (Zeit Online 17.12.2019). Zugleich wird Thunberg gehasst, pathologisiert oder als verlängerter Arm von Ökokonzernen gesehen (Schneider 2019). Im Folgenden möchten wir die Wahrnehmung von Greta Thunberg in der FFF-Bewegung aus zwei unterschiedlichen Perspektiven diskutieren: erstens wie Thunberg in der Bewegung selbst und zweitens wie sie medial wahrgenommen wird.

Geschlecht und Wahrnehmung von Greta von Thunberg und die FFF

Die FFF-Bewegung wird überwiegend von jungen Menschen aus der Mittelschicht getragen (Daniel/Deutschmann 2020). Bemerkenswert ist die hohe Mobilisierung von jungen Frauen, werden Proteste doch häufig als Männerdomäne beschrieben.² Im letzten Jahr beteiligten sich bei dem Klimastreik im März in Berlin knapp 60% Frauen. Im Wiener Kontext nahmen sogar 62% Frauen am Klimaaktionstag am 31. Mai 2019 teil. Dieser Trend zeigt sich europaweit, nur in Brüssel und Lausanne war ihr Anteil unter 50% (Wahlströhm et al. 2019, 10). Die hohe Beteiligung junger Frauen spiegelt sich auch in der Organisation der FFF wider. Geschlechterparität gilt hier als selbstverständlich (Gruppengespräch mit FFF, Wien, 5.11.2019). Gründe, warum mehr Frauen auf der Straße sind, sind unter anderem darin zu finden, dass sich vor allem junge Frauen vermehrt für Umweltschutz engagieren. Viele der Frauen verknüpfen Umweltschutz mit familiärer Fürsorge (Interview, Wien, 31.5.2019). Dies zeigt sich daran, dass sich zunehmend junge Mütter beteiligen, denn sie teilen die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und der Menschheit als Ganzes. Umweltschutz wird hier mit weiblichen Eigenschaften wie Fürsorge oder Mitgefühl verbunden. Andere setzen die Ausbeutung der Natur mit der Unterdrückung von Frauen gleich und machen den Kapitalismus für beides verantwortlich (Interview, Wien, 16.8.2019).

Süddeutsche Zeitung Online, Die Welt steht in Flammen, falls ihr das nicht mitbekommen habt, 21.1.2020. Internet: nn [26.2.2020].

Wahlström, Michael/Kocyba, Piotr/De Vydt, Michiel/de Moor, Joost (Hg.), 2019: Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays For Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities. Internet: protestinstitut.eu (22.1.2020).

Zeit Campus, Fridays for Future. Die Strategin, 1.3.2019. Internet: https://www.zeit.de/campus/2019-02/fridays-for-future-luisa-neubauer-organisatorin-demonstration-schueler-klimaschutz (15.1.2020).

Zeit Online, Wissenschaftsmagazin ehrt Greta Thunberg, 17.12.2019. Internet: https://www.zeit.de/wissen/2019-12/natures-10-greta-thunberg-2019 [15.1.2020].

Wie machen wir einen Feminismus für die 99%?

GESINE FUCHS

Mitte der 1980er-Jahre wurde ich durch Frauen-, Anti-AKW- und Friedensbewegung politisiert. Mein Gemeinschaftskunde-Unterricht hinterließ die radikale Erkenntnis, dass der Kapitalismus nur mit immerwährender Expansion funktioniert und dies bald an eine Grenze stoßen wird, weil wir in einer endlichen Welt leben. Seitdem hatte ich immer ein unterschwelliges Unbehagen, dass Reformen diesen Grundwiderspruch nicht lösen können und eigentlich eine antikapitalistische Politik angezeigt sei. Das Manifest "Feminismus für die 99%" von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser (2019) fordert genau dies: Es stellt eine feministische Kapitalismuskritik ins Zentrum und entwickelt eine umfassende Diagnose zum Zusammenhang von Kapitalismus und Naturzerstörung, von Ausbeutung durch (unbezahlte) Arbeit und Rassismen. Inspiriert durch das "Kommunistische Manifest", 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels verfasst, entwickeln die Autorinnen in elf Thesen ihr Argument: Kapitalismus sei die Basis von Unterdrückung. Im Folgenden stelle ich diese Thesen vor und frage anschließend, welche politischen Konsequenzen sich aus dieser Diagnose konkret ergeben.

Feminismus für die 99%

Das Manifest formuliert in einer klaren und prägnanten Sprache eine umfassende Systemkritik und fordert, dass Feminismus heute antikapitalistisch, ökologisch und antirassistisch sein müsse. Der liberale Feminismus sei dafür ein Hindernis. Die Autorinnen setzen sich von einem Unternehmens-Feminismus ab, den sie in der Figur der Facebook-Managerin Sheryl Sandberg symbolisiert sehen. Entgegen des von Sandberg propagierten "lean-in-feminism" werde die Welt nicht automatisch besser, wenn die Hälfte der Vorstands- und Chefsessel mit Frauen besetzt werden, aber Aus-

Die Universität als Spiegelbild des politischen Zeitgeists -Stimmen türkischer Politikwissenschaftlerinnen

ZUHAL YEŞİLYURT GÜNDÜZ. BİRGÜL DEMİRTAŞ

In der Türkei gilt der Beruf der Wissenschaftlerin als einer, der Frauen angemessen ist. Viele verbinden mit ihm das Bild einer Lehrerin, die wie eine Mutter erzieht und lehrt. Obwohl es ein respektierter Beruf ist, haben viele Wissenschaftlerinnen Probleme, die ihre männlichen Kollegen so nicht kennen und müssen viel kämpfen. Das gilt auch für die Disziplin Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, die trotz einer Zunahme an Politikwissenschaftlerinnen und erfolgreicher Absolventinnen immer noch als Männerwelt gilt. In dem Zusammenhang ist auch der zunehmende islamistisch motivierte Konservatismus der seit 2002 regierenden Partei für Gerechtigkeit- und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP)) zu nennen, der auf patriarchaler Herrschaft aufbaut, die Geschlechterhierarchie im Privaten beibehält und die Existenz von Frauen in der Öffentlichkeit nur begrenzt zulässt. Passende Berufe für Frauen sind in dieser Sichtweise Lehrerinnen, Sekretärinnen, Krankenschwestern, Pflegerinnen, etc.. Frauen ist es erlaubt diese Berufe auszuüben, solange sie ihre Verantwortungen und Pflichten für Familie und Haushalt nicht vernachlässigen. In diesem Sinne machte Recep Tayyip Erdogan sowohl als Minister, als auch als Staatspräsident mehrere Male deutlich, dass für ihn Frauen und Männer nicht gleich, sondern komplementär seien (vgl. Erdogan 2010). Ebenso ist er gegen Familienplanung und für Familien mit "mindestens drei Kindern" (vgl. Erdogan 2012). Wie sehr dieser Konservatismus Arbeit und Leben von Frauen erschwert, lässt sich unmittelbar erahnen

Die Situation in der Türkei

Unsere Untersuchung (Demirtas/Yeşilyurt Gündüz 2020) der Universitäten in der Türkei, bei der wir die Webseiten von allen 188 Universitäten durchgingen und die Daten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenstellten, zeigt folgendes Ergebnis:

plin Internationale Beziehungen zu sein: Glasdecken und Elfenbeinkeller"). In: Alternatif Politika. 12 (i. E.).

Erdogan, Recep Tayyip, 2010: Rede auf einem Parteimeeting am 31.7.2020. Internet: https:// www.haberturk.com/polemik/haber/537849-kadin-ve-erkegin-esit-olmasi-mumkun-degil [13.2.2020].

Erdogan, Recep Tayyip, 2012: Rede auf der Internationalen Familienplanungskonferenz am 25.5.2012. Internet: https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-44026368 (12.2.2020).

"Lebenslänglich (...) auf Bewährung"¹ Zur strukturell bedingten Verschuldung von Wissenschaftler*innen

ANITA BARKHAUSEN

Letztes Jahr musste ich am Ende eines Arbeitstages als Wissenschafts-Coach konstatieren, dass sich alle meine Gesprächspartner*innen auf die eine oder andere Art als schuldig erlebten. Da war z.B. von dem schlechten Gewissen die Rede, trotz durchgearbeiteter Wochenenden zugesagte Artikel-Deadlines nicht einhalten zu können. Oder davon, ein dreiviertel Jahr nach Ablauf eines Drittmittel-Projekts, von Arbeitslosengeld lebend, immer noch den abzuliefernden Projektbericht schuldig zu sein. Oder bei einer gemeinsamen Herausgeberschaft beteiligte Kolleg*innen wiederholt vertrösten zu müssen, weil man einfach nicht hinterherkomme. In allen drei Gesprächen wurden Erschöpfungszustände durch ein Zuviel an Arbeit benannt, gefolgt von Selbstbezichtigungen ("ich bin einfach zu langsam", "ich bin nicht gut genug", "ich verzettele mich immer", "ich bin eine drittklassige Wissenschaftlerin*") und dem Ansinnen, ich möge als Wissenschafts-Coach behilflich sein, effizienter, besser, schneller zu werden. Solche Arbeitsaufträge, die zunächst einmal den Logiken der Selbstoptimierung folgen, möchte ich freilich nicht 1:1 annehmen, doch mein Interesse an dem Phänomen war geweckt. Als Forschungs-Supervisorin, die seit zwanzig Jahren neben ihrer psychotherapeutischen Arbeit mehrmals pro Woche Wissenschaftler*innen coacht, stieß ich natürlich nicht zum ersten Mal auf Schuldbewusstsein in der Sphäre wissenschaftlichen Arbeitens, aber die Häufung machte mich stutzig. Mit einer seitdem sensibilisierten Wahrnehmung muss ich rein empirisch feststellen: Das Thema hat eine neue Dimension erreicht.

Zunächst einmal gehe ich nicht davon aus, dass die Wissenschaftler*innen, die sich an mich wenden, überdurchschnittlich neurotisch sind. Vielmehr stelle ich die These auf, dass es sich bei der jeweils individuell erlebten Schuldthematik um ein strukturelles Phänomen handelt, das der universitäre Wissenschaftsbetrieb systematisch hervorbringt. Am eigenen Leib durchlebt wird dieses strukturelle Phänomen